

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement 3,30 Mk. monatlich 1,10 Mk.
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Spalten-
zeile oder deren Raum 40 Pf. für
politische und gesellschaftliche Berichte

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 24. Februar 1903.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Preussische Eisenbahn-Reaktion.

General Budde, der als Nachfolger Thielsens im
vorigen Sommer an die Spitze der Eisenbahn-Verwaltung
berufen ist, hielt am Montag als Einleitung der Beratung
des Eisenbahn-Etats eine Art Programmrede, die sich dahin
aufsummieren lässt: Die Eisenbahnen sind bisher kein
Verkehrsinstitut gewesen, sie sollen es auch in Zukunft
nicht werden; das Hauptstreben bleibt nach wie vor die
Erzielung hoher Ueberschüsse, Tarifreformen giebt es
nicht; dagegen soll gegen die Organisationsbestrebungen
der Eisenbahn-Arbeiter das schwerste Geschick auf-
gefahren werden.

Herr Budde hat eine eigenartige Ansicht von dem Eisen-
bahnwesen, eine ähnliche Ansicht, wie sie Herr v. Roddielst
von dem Postwesen hatte. Ein Wunder ist das nicht. Von
Jugend auf an militärischen Drill gewöhnt, auf-
gewachsen in der Kasernenluft, glaubt er, auch die
Arbeiter und Unterbeamten wie Rekruten behandeln und
jede selbständige Regung in ihnen unterdrücken zu können.
Welche politische Gesinnung seine Angestellten haben, ist ihm
allerdings gleich, vorausgesetzt, daß sie ihre Gesinnung hübsch
in der Tasche behalten. Aber wehe dem, der seine politische
Gesinnung in einer dem Minister nicht genehmen Weise
bekündigt, er wird auf der Stelle entlassen. Mit
aller Energie will er socialdemokratischen Strömungen inner-
halb der Verwaltung entgegenzutreten, sein Ziel ist die Ver-
nichtung der Eisenbahner-Gewerkschaft. Offenbar ist
Herr Budde in dem Bahn besessen, daß die Ruchthaus-
Vorlage Gesetzeskraft erlangt hat; anscheinend ist er sich
dessen gar nicht bewußt, daß er, indem er den Arbeitern ver-
bietet, sich zu koalieren, oder für die Ideen, von deren
Richtigkeit sie durchdrungen sind, auch öffentlich einzutreten,
die Verfassung verletzt, die zu beachten doch
in erster Linie Pflicht der Minister sein sollte. Die Früchte seines militärischen Drills werden ja nicht aus-
bleiben; statt freier Männer werden Heuschreck geizhät. Ob
das im Interesse der Verwaltung oder in dem des Staates
liegt, bleiben dahingestellt. Jemand welche weiteren praktischen
Erfolge wird er nicht erzielen, denn eine Geistesbewegung läßt
sich nicht durch Kanonen tödlichen.

Daß er im Abgeordnetenhaus mit seinem Scharfmacher-
tum einen Sturm des Beifalls entfesselte, ist kein Wunder.
Namentlich die Abgeordneten Freiherr von Erffa (L),
Graf Arnim (L), Camp (H) und Wacco (nat.) waren
völlig einer Meinung mit ihm. Ja, selbst der „freisinnige“
Herr Ehlers betonte ausdrücklich, daß er keine Ver-
anlassung habe, dem Minister Mißtrauen entgegen-
zubringen. Nur der Hospitant der Freisinnigen Volkspartei,
Abg. Deser, fand den Mut, gegen die Ansichten des Herrn
Budde zu protestieren und ihm klar zu machen, daß er weder
ein Recht habe, noch daß es seine Aufgabe sei, andre wegen
ihrer politischen Ueberzeugung zu mahregeln. Der Minister
erwiderte mit einigen allgemeinen Redensarten von der
Wahrung des Hausrechts. Als ob die Eisenbahnen sein
Privateigentum wären und nicht vielmehr im Dienste der
Gesamtheit ständen oder doch stehen sollten!

Die Scharfmacherstimmung des Ministers für ihre Zwecke
auszubenten und ihn womöglich zu weiteren ungefestigten
Schritten zu veranlassen, dazu sahen den Konservativen die
Gelegenheit günstig. Sie schickten den Abg. Jehn v. Erffa
vor, der einen Schauderroman von den bösen Socialdemokraten
erzählte, die in seiner Heimat, in Thüringen, den Ausschlag
der Textilindustrie durch frivole Kräfteproben und Streiks
künstlich zu verhindern suchten. Das Haus glaubte das
Märchen; es würde sogar einem Redner glauben, der ihm
weis machen wollte, daß der wirtschaftliche Niedergang ab-
sichtlich von der Socialdemokratie herbeigeführt sei.

So weit sachliche Eisenbahnfragen in Betracht kamen,
bot die Debatte das altbekannte Bild: Die kontervativ-kerisale
Rechttheit, die den Landtag beherrscht, sträubt sich mit Händen
und Füßen gegen jede wirkliche Tarifreform, vor allem gegen
eine Herabsetzung der Personentarife, während sie Ausnahmear-
tarife für Güter, insbesondere im Interesse der Landwirtschaft,
gar nicht genug bekommen kann. Kulturfortschritten setzt diese
Gesellschaft nach wie vor den heftigsten Widerstand entgegen.

Angeichts der Versuche des Eisenbahnministers und der bürger-
lichen Parteien im Abgeordnetenhaus, das preussische Eisenbahn-
wesen und die Lage der Eisenbahnangestellten schönfärbend zu
verherrlichen, ist es nötig, die wirklichen Verhältnisse der
preussischen Eisenbahnverwaltung aufzudecken. Es bedarf dazu nicht
einmal besonderer Erkundigungen, sondern die Regierung-
Denkschrift über die Ergebnisse des Betriebes der vereinigten
heftigen und preussischen Staats-Eisenbahnen selbst giebt dem gründ-
lichsten Betrachter Anlagematerial inülle undülle.

Diese Denkschrift zeigt den preussischen Staat als Arbeitgeber
und lehrt von neuem, daß von Jahr zu Jahr die Eisenbahnen ihrem
eigentlichen Zweck mehr entfremdet werden und sich aus einem
reinen Verkehrsinstitut völlig in eine bloße Einnahmequelle für den
Staat verwandeln, eine Einnahmequelle, auf die die herrschenden
Klassen mit Rücksicht auf die sonst notwendig werdenden Steuer-
erhöhungen nicht verzichten wollen.

Ein wie gewaltiger Arbeitgeber die Eisenbahn-Verwaltung ist,
geht aus folgenden Zahlen hervor: Im Jahre 1901 waren ab-
gegeben von 307 Regierungsbauführern, 184 Civilsupernumeraren

und 696 Gepäckträgern, die keine Vergütung aus der Staatskasse
empfangen, sowie von 5520 beim Bau neuer Bahnstrecken und bei
den außerordentlichen Ergänzungsbauten beschäftigten Arbeitern, in
der Verwaltung angestellt 1089 höhere, 42 403 mittlere und 83 420
untere etatsmäßige, 315 höhere, 5661 mittlere, 1714 untere außer-
etatsmäßige Beamte, 5623 Gehilfen im mittleren Dienst, 47 157
Hilfskräfte im unteren Dienst, 57 521 Betriebsarbeiter, 59 770 Bahn-
unterhaltungs-Arbeiter, 48 120 Werkstättenarbeiter. Von diesen
332 752 Personen waren 5645 weiblichen Geschlechts, und zwar 221
untere etatsmäßige und 282 untere außeretatsmäßige Beamte, 176
Gehilfen im mittleren Dienst, 2484 Hilfskräfte im unteren Dienst,
1503 Betriebsarbeiter, 979 Bahnunterhaltungs-Arbeiter und 2 Wert-
stättenarbeiter.

In eignen Werkstätten besaß die Verwaltung 62 Hauptwerk-
stätten, 16 Nebewerkstätten und 262 Betriebswerkstätten. Davon
beschäftigten 63 mehr als 300 Arbeiter, 32 zwischen 50 und 300 und
245 weniger als 50 Arbeiter. In 63 von diesen Werkstätten wurden
Lehrlinge ausgebildet, deren Zahl sich auf 2593 belief.

Wäre es dem Staate ernst, seine Betriebe zu Muster-
betrieben auszubilden, wie leicht könnte er dieses Ziel erreichen
und den privaten Arbeitgebern ein leuchtendes Vorbild sein! In
Wirklichkeit aber fehlt noch viel daran, daß die Eisenbahnbetriebe
ihre sociale Pflicht erkannt haben, wenn auch zugegeben werden
kann, daß in den letzten Jahren, dank der mächtig auf-
strebenden Arbeiterbewegung, in einiger Beziehung Fortschritte
gemacht sind. Im Berichtsjahre betragen die Einnahmen 1353
Millionen, die Ausgaben 895 Millionen Mark. Das Ergebnis blieb
hinter dem des Jahres vorher allerdings zurück, ist aber immer-
hin als ein gutes zu bezeichnen, zumal wenn man bedenkt,
daß unter den Ausgaben auch solche für werdende An-
lagen enthalten sind. Die Verwaltung rechnet es sich
zur besonderen Ehre an, daß trotz des Minderüberschusses
doch die Ausgaben an Gehältern, Wohnungsgeldzuschüssen,
Beförderungen, Stellenzulagen, Vergütungen und Löhnen von 323 auf
329 Millionen gestiegen sind. Gewiß hat es im ersten Augenblick
etwas Bestechendes, zu hören, daß die Ausgabensteigerung nur zum
geringen Teil auf die Vermehrung der Zahl der Bediensteten, zum
weitens größten Teil jedoch auf die Verbesserung ihrer Bezüge
zurückzuführen ist. Beinahe könnte man dazu verleitet werden, die
socialpolitische Weisheit der Eisenbahn-Verwaltung zu loben, die ein
Sinken des Einkommens in der Zeit der Krise zu hindern ver-
standen hat. Bei näherer Betrachtung wird man allerdings zu einer
andern Ansicht kommen. Was zunächst die Vermehrung der Kopfzahl
betrifft, so ist diese zurückzuführen auf die Ausdehnung des Bahn-
gebietes durch die Eröffnung neuer Bahnlücken und auf die In-
betriebnahme neuer, ungebauter und erweiterter Bahnhofsanlagen,
neuer Haltestellen und Haltepunkte. Dieser Vermehrung des
Personals steht indessen gegenüber eine Verminderung in-
folge des Niederganges des Verkehrs und der damit verbundenen
Verminderung der Geschäfte. Eine weitere Verringerung der Kopf-
zahl der Arbeitskräfte ist herbeigeführt durch die Ausdehnung des
Accordsystems und durch Dienstvereinfachungen im inneren Dienst.

Auch die höheren Ausgaben für die Besserung der Bezüge wollen
nicht viel bedeuten; sie sind bedingt durch die Vermehrung der etats-
mäßigen Beamtenstellen und durch ein Anwachsen der Zahl der höher be-
zahlten Kräfte. Die Arbeiter und Unterbeamten haben an dieser
Lohnaufbesserung nur geringen Anteil; soweit Arbeiter daran be-
teiligt waren, hat die Verwaltung nicht freiwillig, sondern auf Grund
eingegangener Verpflichtungen oder einem Zwange weisend, Lohn-
erhöhungen bewilligt. Einmal stellte sich das für das Aufstehen in
den Lohnsätzen maßgebende Lohnindikator höher als im Vorjahre,
und zweitens mußte in einzelnen Bezirken zur Erlangung und Er-
haltung der erforderlichen Arbeitskräfte eine Erhöhung der Lohnsätze
eintreten.

Betrachtet man die an die Gehilfen im mittleren Dienst, an die
Hilfskräfte im unteren Dienst, die Handwerker und Arbeiter ge-
zahlten durchschnittlichen Tagesvergütungen und Löhne im einzelnen,
so ergibt sich gegen das Vorjahr bei den meisten Kategorien eine
Steigerung um einige Pfennige, bei andern dagegen ein Rückgang;
so bei den Ranggehilfen ein solcher von 3,06 auf 2,95 Mk., bei den
Werkstätten-Handwerkern im Stillslohn von 4,20 auf 4,12 Mk., bei
den handwerkermäßig ausgebildeten Werkstätten-Handarbeitern im
Tageslohn von 2,78 auf 2,25, im Stillslohn von 3,69 auf 3,63 Mk.,
bei den sonstigen Werkstätten-Handwerkern im Stillslohn von 3,45
auf 3,40 Mk. Wieviel Tage im Jahre die Arbeiter aussetzen
mußten, geht aus der Statistik nicht hervor. Wohl aber er-
sehen wir daraus, daß der Staat an einem großen Teil
seiner Arbeiter noch immer Hungerlöhne zahlt. Ein Lohn
von 2,03 Mk. für Hilfskräfte im unteren Bahnhof- und Ab-
fertigungsdienst, von 2,12 Mk. für Hilfskräfte im unteren
Bahnwachungs- und Bahnunterhaltungsdienst, von 2,26 Mk. für
Hilfsbrenner und Hilfswagenwärter, von 2,31 Mk. für Bahnunter-
haltungsmesser, ist unter den heutigen Verhältnissen
bei der enormen Steigerung der Preise für alle Lebensbedürfnisse
sehr andreichender.

Die tägliche Dauer des planmäßigen Dienstes des
Personals fordert gleichfalls zur Kritik heraus. So soll bei dem
Bahnwachungs-Personal die Dauer der täglichen Dienstschrift
14 Stunden nicht überschreiten; bei einfachen Betriebsverhältnissen,
wie namentlich auf Nebenbahnen, kann sie jedoch bis zu
16 Stunden ausgedehnt werden. Bei dem Stationspersonal soll,
wenn der Dienst eine ununterbrochene ausgefrenzte Thätigkeit er-
fordert, die durchschnittliche tägliche Dauer 8 Stunden, die Dauer
einer einzelnen Dienstschrift 10 Stunden nicht überschreiten, im
übrigen aber kann die durchschnittliche tägliche Dienstdauer bis zu
12 Stunden, die Dauer einer einzelnen Dienstschrift bis zu
14 Stunden betragen, und bei einzelnen Betriebsverhältnissen

fogar auf 16 Stunden ausgedehnt werden. Bei dem Lokomotiv-
personal soll die tägliche Dienstdauer im monatlichen Durchschnitt
nicht mehr als 10 Stunden betragen; bei einfachen Betriebs-
verhältnissen kann sie auf 11 Stunden ausgedehnt werden. Die
einzelne Dienstschrift darf 16 Stunden nicht überschreiten. In der
Praxis stelle es sich so, daß die Zahl der Beamten mit kurzer Dienst-
zeit sehr gering ist. Von dem Jugabteilungs-Personal hatten 187
bis 8 Stunden täglich Dienst, 256 von 8—8 1/2 Stunden, 552 von
8 1/2—9 Stunden, 2710 von 9—9 1/2 Stunden, 4990 von 9 1/2 bis
10 Stunden, 9817 von 10—10 1/2 und 12 074 von 10 1/2—11 Stunden,
vom Lokomotivpersonal 535 bis 8 Stunden, 794 von 8—8 1/2 Stunden,
2361 von 8 1/2 bis 9 Stunden, 5043 von 9—9 1/2 Stunden, 4890 von
9 1/2—10 Stunden, 5224 von 10—10 1/2 und 3070 von 10 1/2 bis
11 Stunden. Die Ruhetage sind recht dünn gesät. 16 289
Beamte haben monatlich nur einen, 19 083 nur 1 1/2, 59 457 nur 2
und 123 321 mehr als zwei Ruhetage.

Bei dieser Ueberbürdung des Personals ist es kein Wunder, daß
die Zahl der Betriebsunfälle nach wie vor eine ganz ungewöhnlich
hohe ist. Natürlich weis sich die Verwaltung von jeder Schuld frei,
die Beamten und Arbeiter haben, wenn man den Verlichten glauben
schenken darf, die Unfälle selbst herbeigeführt. Fast 1000 Angestellte
sind im Berichtsjahre verunglückt, ein Drittel von ihnen tödlich. Bei
Zugunfällen sind 16 Angestellte getötet, 98 verletzt, durch un-
vorsichtiges Verhalten beim Besteigen und Verlassen in Bewegung
befindlicher Fahrzeuge oder während des Aufenthalts in diesen
wurden 41 getötet, 194 verletzt, beim Wagensteigen und Mangieren
der Jäge sowie beim An- und Abkuppeln 85 getötet, 204 verletzt,
durch unzeitigen Aufenthalt auf den Geleisen kamen 142 zu Tode,
139 wurden verletzt, während durch sonstige unvorsichtige Handhabung
des Dienstes 39 getötet und 89 verletzt wurden. Es wäre interessant
festzustellen, wie viel Stunden die betreffenden Arbeiter und Beamten
im Dienste waren, als der Unfall eintrat. Leider giebt die Statistik
auf diese wichtige Frage keine Antwort.

Die Verwaltung weis sehr wohl, daß die Mißstände im
Eisenbahnbetrieb eine große Unzufriedenheit herbeiführen und daß
das denkende Personal, sobald es zur Erkenntnis seiner Klassenlage
gekommen ist, sich der modernen Arbeiterbewegung anschließt. Um
sie davon abzuhalten, werden in allen Orten Eisenbahnvereine ge-
gründet, die der „Pflege guter, auf Vertrauen beruhender Beziehungen
zwischen den Organen der Verwaltung und den Bediensteten“ dienen
sollen, in Wirklichkeit aber nur dazu bestimmt sind, die Auf-
merksamkeit der Arbeiter von ihrer Lage abzulenken. Daß zur Zeit bereits 123 solcher Vereine mit 93 500 Mit-
gliedern bestehen, will nicht sagen; es ist ja ein offenes Geheimnis,
daß viele Arbeiter nur gezwungen diesen Vereinen beitreten. Trotz
aller Wohlthateneinrichtungen, auf die sich die Verwaltung wer weiß,
was zu gute thut, trotz aller Scharnagelpraktiken, wird sie auf
die Dauer die Arbeiter über ihre Lage nicht täuschen können. Die
Arbeitsverhältnisse im Eisenbahnbetrieb zwingen die Angestellten mit
Notwendigkeit zum Nachdenken, sie treiben sie dazu, gemeinsam
mit ihren vom Privatkapital ausgebeuteten Weibern zu kämpfen,
mögen sie auch zum guten Teil, aus Furcht vor dem Hungertode,
sich mit ihrer Meinung nicht an die Offenlichkeit wagen, im ge-
heimen sympathisieren sie mit der Arbeiterpartei. Am allerwenigsten
kann sich die Eisenbahn-Verwaltung das Vertrauen der Angestellten
erwerben durch brutale Unterdrückung der Ueberzeugungsfreiheit.
Wichtiger als die Schneidigkeit des schneidigsten Generals ist das
Gefühl der Manneswürde, das wider Kasernendruck und Gesinnungs-
Klaveret rebelliert.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Februar.

Reichstag.

Ein weiteres Kapitel des Etats des Reichsamtes des Innern
wurde am Montag in Angriff genommen: Das Reichs-Ge-
sundheitsamt. Wie in den Vorjahren war Genosse Antick
gezwungen, eingehende Kritik an unsrer öffentlichen Krankenpflege
zu üben. Die Mißstände sind nicht geringer geworden. Nach wie vor
fehlt dem Krankenpflege-Personal die gründliche Ausbildung und
ausreichende Vergütung, gute Behandlung und sociale Fürsorge.
Daraus erklärt sich der häufige Wechsel des Personals. Wer es
irgendwie kann, leitet dem Verus, den er notgedrungen ergriffen hat,
wieder den Rücken. Auch die Ärzte an den öffentlichen Anstalten werden
ungenügend honoriert und sind überlastet. Es ist ein schwerer Mißstand,
daß die Dirigenten der Krankenhäuser auf die Privatpraxis angewiesen
sind und daß die technische Verwaltung häufig in den Händen von
ganz ungeeigneten Personen liegt. Antick hatte ein so umfangreiches
Material vorzutragen, das den Zustand in den öffentlichen Kranken-
anstalten, besonders von Köln, Ebersfeld, Kiel und Kottbus, in sehr
ungünstigen Lichte erscheinen ließ. Leider fehlten auch Berliner
Krankenhäuser in seiner Liste nicht. Besonders schlimm scheint es in
den privaten Irrenhäusern zuzugehen. Unser Redner stellte fest, daß
besonders für die armen Irren, die auf Kosten der Gemeinde ver-
pflegt werden, in den Anstalten Groß-Berlins sehr schlecht gesorgt
wird. Es ist eine Schmach, daß das Prügeln noch immer in den
Irrenanstalten vorkommt.

Die Antwort, die dem unermüdbaren Mahner vom Ministerisch
zu teil wurde, war sehr ungenügend. Graf Posadowsky konnte
nur sehr Unbedachtliches zur Entlastung der kritisierten Kranken-
anstalten vortragen. Es ist von ihm in der That nicht zu verlangen,
daß er über alle Einzelheiten dieses Zweiges der Volksgesundheits-
pflege Bescheid weiß. Aber wo war der preussische Kultusminister
Herr Studt, der aus den Verhandlungen der Vorjahre doch gelernt
haben mußte, daß sein Ressort bei dieser Gelegenheit besprochen
werden würde? Er scheint sich zu einer Wallfahrt nach Rom zu
rüsten und hat deshalb wohl keine Zeit, im Reichstage zu er-



schienen. Auch Herr Fischel, der im Vorjahre nachträglich die Verteidigung der städtischen Krankenanstalten übernahm und dabei allerdings nicht glänzend abgeschnitten hatte. Wieder war es dem alten Herrn Langerhans überlassen, für die Stadtverwaltung einzutreten. Er ging dabei von dem Irrtum aus, daß Genosse Antrich Vorsitzender der Berliner Filiale der Organisation der Krankenpfleger sei. Genosse Singer hätte ihn über diesen Irrtum auf und betonte, daß die Verzele eigentlich dankbar sein müßten, wenn diese Fragen hier im Reichstage zur Sprache gebracht würden. Der Antrich'sche Streit löste sich der süddeutsche Volksparteiler Hoffmann-Hall und im gewissen Sinne auch Herr Schrader an, der für eine bessere Ausbildung der Krankenpfleger und für eine Einschränkung ihrer Arbeitszeit eintrat.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde die Summe der Vergleute und die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung ausführlich besprochen. Hier lag eine Resolution unserer Fraktion vor, die die Entsendung von Ärzten und die Vereinfachung von Reichsmitteln zur Unterstützung der im Ruhrkohlenrevier bereits bestehenden Kommission zur Bekämpfung dieser Vergleute forderte. Genosse Sachse verlangte die Einsetzung von Arbeiterkontrolloren und die Aufklärung der politischen und deutschen Arbeiter über die Gefahren dieser Krankheit. Herr Silba müßte sich um den Nachweis, daß die Bergwerksdirektionen bereits jetzt alles thäten, was zur Bekämpfung der Krankheit dienen könne. Natürlich erklärte er sich gegen Arbeiterkontrolloren in den Gruben. Sein Vorschlag, verhältnismäßig die Verleselung einer Grube wieder einzustellen, weil dies Grubenwasser zur Verbreitung der Krankheit beiträgt, wurde von dem Minister Müller trotz starker Bedenken acceptiert. Es besteht nämlich die Gefahr, daß die Einstellung der Verleselung zu gefährlichen Kohlenstaub-Erpflosten führt.

Die Debatte wird Dienstag fortgesetzt.

## Deutsches Reich.

**Der Wahltermin.** Zu den Zeitungsmitteilungen, daß die Reichstagswahl schon in der ersten Juniwode stattfinden solle, sagt die „Nordd. Allg. Ztg.“: Wie wir hören, ist ein Termin für die bevorstehenden Reichstagswahlen noch nicht festgesetzt worden, da sich das Ende der Arbeiten des Reichstags noch nicht mit Bestimmtheit absehen läßt.

Die Ansetzung des Wahltermins vor den 16. Juni hat nicht gerade die Wahrscheinlichkeit für uns. Dadurch würde eine Auflösung des Reichstags und eine Einberufung des neuen Reichstags binnen 90 Tagen nach der Auflösung nötig werden.

### „Regierungsdienst für die Socialdemokratie“.

Da General Wudde im preussischen Abgeordnetenhaus gegen den „Umsturz“ im Stille des Kaiserhofes losfuhr, erscholl ihm mehr als der übliche Beifall aus den konservativen Reihen. Die Beifallsdemonstration für den Minister, der jeden socialdemokratischen oder frei-gewerkschaftlichen Anschauungen verdächtigen Eisenbahn-Angestellten aus dem Dienst jagt, bedeutet zugleich eine Demonstration des Mißfallens gegen Regierungstellen des Reiches.

Die Behandlung, deren sich der Reichskanzler und sein Stellvertreter Graf Posadowsky der Socialdemokratie gegenüber längst zu bestreiten schienen, ist der konservativen Reaktion nicht genehm. Und rücksichtslos, wie diese Reaktion stets auftritt, sobald eine Regierung ihr irgendwie zu entschlüpfen sucht, ergeht sie sich andauernd in heftigen Angriffen gegen die Unterstüzung, welche die Regierung der Socialdemokratie leiht.

Die „konservative Korrespondenz“ erklärt die Äußerungen des Grafen Posadowsky und der württembergischen Regierung zu der Beschuldigung des Stuttgarter Gewerkschaftscongresses für „sehr nebenächlich“; damit sei „doch nur der Schein getarnt“. Das offizielle Organ der konservativen Partei führt dann aus:

„Wenn die Regierungen bei Veranlassungen revolutionären Charakters nur auf äußerliche Wert legen und Kommissionen in derartige Veranlassungen schicken, die in amtlicher Eigenschaft sich die dort betriebene Klassenhege ruhig anhören, so muß das eine Zerfährung der Anschauungen über das Wesen der Socialdemokratie zur Folge haben. Ja, ein solches Verhalten muß schließlich dazu führen, daß es die Angehörigen in Staatsbetrieben für ein verdienstliches Werk halten, die socialdemokratische Gewerkschaftsbewegung zu fördern.“

Einen besseren Ansporn für die socialdemokratische Bewegung kann es gar nicht geben, als die Abschätzung der Gewerkschaften nach der äußeren Ausstattung ihrer Versammlungsorte. Daß der Wachsamkeit der Ordnungsparteien ist es ja den Socialdemokraten nicht gelungen, durch Anpflanzen der Neutralitätsflagge im Irden zu sitzen. Nun erzählt die Socialdemokratie die Freude, daß ihr die Regierung dazu verhilft, diese Neutralitätskomödie mit größerem Erfolg in Scene zu setzen. Es wird ihr gewiß dabei nicht darauf ankommen, ein paar Meter roten Stoffes weniger bei der Ausschmückung ihrer Versammlungsorte zu verwenden als früher, wenn sie dadurch ihre Sache zu erheblicher fördern kann.“

Und zur gleichen Zeit erklärt sich die „Kreuz-Zeitung“ gegen die Behandlung, welche die Reichsregierung gegenüber der Socialdemokratie übt. Auch die „Kreuz-Zeitung“ erklärt es als falsch, daß die Regierungen den socialdemokratischen Gewerkschaften durch Entsendung von Kommissaren einen besonderen Nimbus verleihen; das solle man nur für die Monarchie aristokratisch und evangelischer Arbeiter thun. Das konservative Blatt sagt:

„Kommt eine unverdient rücksichtslos vollziehende Behandlung der socialdemokratischen Partei als solche vom Regierungssicht aus und ein unverständliches socialpolitisches Engengemessen an socialdemokratische Forderungen aus dem Hause hinzu, so hat es die Socialdemokratie leicht, sich besonders den Arbeitern gegenüber als diejenige Partei vorzustellen, die die Arbeiterinteressen am besten vertritt und die bürgerlichen Parteien und die Regierung allein zwingt, wenn auch schrittweise, aber doch unaufhaltsam das von der Socialdemokratie Geforderte den Arbeitern zu gewähren. Von einem eigentlichen Kampfe, von einem Worte wie: „Das ist der Feind, den schlagen wir!“ haben wir schon lange nichts vernommen. Die jetzige Behandlung der Socialdemokratie durch den Kanzler und seinen Stellvertreter steht vielmehr aus, als sei es auf ein Partieren, auf einen modus vivendi mit der republikanischen Partei abgesehen. Die „kölnische Volkszeitung“ glaubt, daß die Konservativen dem Staatssekretär des Innern hauptsächlich die Beschuldigung des Gewerkschaftscongresses verüben. Das ist aber nichts als ein Symptom; die ganze Behandlung, die der Socialdemokratie unmittelbar nach der dreifachen Verleselung „Kaiserrede“ und nach dem revolutionären Auftreten der Obstruktion im Reichstage seitens der Reichsleitung widerfahren ist, hat im konservativen Lager schwere Bedenken hervorgerufen.“

Die Konservativen wissen natürlich sehr gut, was es mit dem „Partieren“ des Reichskanzlers auf sich hat. Die gesamte Politik der verhassten Regierungen ist gerade in der jüngsten Zeit derart reaktionär gewesen — und keine Abweichungen wie die Zusage der Wahlförderung befähigen nur die Regel der Vollwucher-Rückständigkeit —, daß kein Mensch ernsthaft von einem Engengemessen der Regierungen gegen die Socialdemokratie sprechen kann. Aber die Konservativen empfinden bereits „schwere Bedenken“, wenn eine Regierung in ihrem Verhalten gegenüber der Socialdemokratie sich nicht gänzlich auf räden Umsturzlärm und auf die Forderung von Ausnahmeregungen beschränkt.

**Die Verhinderung der Krankenassen-Novelle** beabsichtigen die Konservativen in dem ihnen üblichen socialpolitischen Eifer. Die „Kreuz-Zeitung“ zeigt deutlich ihr Bedauern, daß die Verhinderung der Vorlage erklärte, die Selbstverwaltung der Assen solle nicht geschmälert werden. Die „Kreuz-Zeitung“ aber sagt:

„Nun hat aber der Bundesrat auch noch die Krankenassen-Novelle zur Vorlage gebracht. Auf deren Verabschiedung wird man aber wohl selbst in Regierungskreisen nicht rechnen. Denn diese legt eine ausführliche Kommissionsberatung voraus, und da keine Partei mit dem Entwurfe völlig einverstanden ist, sondern da allenfalls der Wunsch besteht, die Vorlage so gründlich wie möglich zu verbessern, wird ihre glatte Erledigung nicht ermöglicht werden können.“

Die Konservativen drohen also bereits mit — Obstruktion. Diejenigen Parteien aber, welche die Novelle, so geringe Verbesserungen sie auch nur bringt, durchzuführen sehr wollen, werden, so ist zu wünschen, in der Lage sein, den konservativen Verschleppungsversuch zu verhindern.

**Wilhelm II. Sendschreiben an Hollmann.** Das Organ der protestantischen Orthodoxie und der — Kaiserin, der „Reichsbote“, trägt eine große Freude über die theologische Epistel des Kaisers zu. Der Kaiser habe sich „in das Centrum des evangelischen Bekenntnisses“ gestellt und aufatmend sagt das Blatt hinzu:

„Das evangelische Volk weiß nun wieder, daß der Kaiser in seinen heiligsten Angelegenheiten mit ihm denkt und fühlt, und daß er sich durch die Forderungen der modernen Theologie nicht beirren läßt. Das gereicht uns allen zu großer dankbarer Freude, und wir wollen fortfahren, Gott zu bitten, daß er unsern Kaiser in dieser Treue seines evangelischen Bekenntnisses erhalten und daß er ihn segnen wolle für dieses gute Bekenntnis vor aller Welt.“

Wenn der „Reichsbote“ nur zufrieden ist! Was würde der Anglikanische nun anfangen, wenn Wilhelm II. etwa die Anschauungen Friedrichs II. hätte? Wie würde diese Schidung auf sein monarchisches Gefühl wirken.

„Kühl, fast ironisch“ schreibt hingegen die katholische „kölnische Volkszeitung“:

„Wenn nämlich Jesus Christus der Sohn Gottes, d. h. auch selbst Gott ist — und zu diesem Glauben bekennt der Kaiser sich in diesen Briefe wieder — dann ist der logische Schluss unabweisbar, daß er eine unerschütterliche Religion gelehrt hat, von deren „Weiterbildung“ niemals die Rede sein kann. Schon hieraus geht hervor, daß der Kaiser irgend einer der protestantisch-kirchlichen Parteien schwerlich zugerechnet werden kann. Wegen des Bekenntnisses zu Gottheit Christi werden ihn die „Positivisten“ für sich reklamieren, wegen des Grundgedeges der „Weiterbildung“ der Religion die Liberalen. Der Satz, daß Gott sich auch in Homer, Schopenhauer, Goethe, Kant und Kaiser Wilhelm I. „geoffenbart“ habe, zeigt sogar eine starke Verwandtschaft mit der protestantischen-vereinlichen Auffassung.“

Und an anderer Stelle meint das Blatt mißtrauisch:

„Im allgemeinen gewinnt man aus dem Schreiben fast den Eindruck, als lege der Kaiser in dem Satze: „Dem Volke muß die Religion erhalten werden“, den Ton stark auf das Wort „Volk“. Die „Lieblingsvorstellungen“ des „Volkes“, der „Laien“ sollen gehort werden. In anderen wissenschaftlichen Kreisen und in Fachschriften sollen dagegen Leben, Theorien, Hypothesen und Überzeugungen, die gegen den Offenbarungsglauben annehmen, erlaubt sein. Als der Hauptfehler von Deligisch wird bezeichnet, daß er Ort und Publikum nicht genug beachtet und nicht genau unterschieden habe, was für das „Laienpublikum“ angemessen war oder nicht. Das führt aber zu der bedenklichen Konsequenz, die wir tatsächlich in der protestantischen Kirche bereits haben, daß nämlich die theologische Wissenschaft von den Universitätslehrern einen ganz andern Christenglauben lehrt, als die auf den Universitäten herangebildeten Prediger nachher von der Kanzel dem „Volke“ verkündigen dürften.“

Es ist in der That nicht ganz leicht für gläubige Gemüter, das Gottesgnadentum ihrer Religion mit dem Gottesgnadentum der Monarchie zu vereinigen; denn zutreffend bemerkt das katholische Blatt in Hinblick darauf, daß der Kaiser ja auch der höchste Würdenträger der protestantischen Kirche ist:

„Die, wenn der Kaiser sich ganz auf die Seite der „modernen Wissenschaft“ gestellt und den ganzen Offenbarungsglauben verworfen oder in einen unsicheren Phrasenebel aufgelöst hätte. Daß er sich zum positiven Glauben bekannt hat, ist ein Zufall insofern, als an seiner Stelle auch jemand hätte stehen können mit dem religiösen nihilismus Friedrichs II.“

Wirklich nur ein Zufall! Denn Wilhelm II. könnte sich ja auch entsetzt durch andre von ihm anerkannte Träger der Offenbarung beeinflussen lassen, durch Goethe oder Kant!

**Der nationalliberale Wahlartikellentwurf.** Die „National-liberale Korrespondenz“ bequemt sich nun, den zuerst abgelehnten Artikkellplan zuzugeben. Sie nennt ihn aber jetzt bezeichnend „ein wahrstatistisches Tableau“, vergißt hinzu zu fügen, daß diese Wahlstatistik unter dem Titel „gemeinsame Interessen gegen die Socialdemokratie“ erscheint und sie verschweigt ferner, daß er ganz genaue Einzelheiten über abzuführende Kompromisse enthält. Schon die Einteilung der „Wahlstatistik“, welche die extreme Rechte (Wandler) und die „radikale Linke“ (Fretsch) abteilt stellt.

Das Signaus-Neben auf die Harmlosigkeit hätte früher kommen müssen. Man erniedrigt sich doch nicht umsonst zu lägerlichen Ablegungen, wenn es sich um ganz harmlose Dinge handelt.

Das Charakteristische des nationalliberalen Artikkellplans ist die offenkundige Schacherei mit dem Centrum, die noch 1898 nicht denkbar gewesen wäre. Es ist begreiflich, daß man diesen unangenehmen Handel möglichst lange auf beiden Seiten zu verheimlichen wünscht.

Wenn übrigens die „kölnische Volkszeitung“ davon spricht, die Socialdemokratie hätte „Anspruch von einem solchen Artikkell“, so heißt das, eine grobe Unwissenheit über die grundsätzliche Anschauung der Socialdemokratie zu heucheln, die das Blatt denn doch nicht beugt. Die Socialdemokratie ist seit jeher von der Auffassung durchdrungen, daß die bürgerlichen Parteien immer reaktionärer werden und eine immer festere Einheit bilden — trotz bleibender Interessengegenläge. Gerade die Entwicklung des Centrums ist ein schlagender Beweis für die Richtigkeit unserer Meinung.

**Wohnt er er doch — nicht!** Neben der konservativen Interpellation über die Einsetzung von Mitteln zur Besetzung dringender Notstände im Stromgebiet der unteren Oder, Spree, Havel und Elbe haben die nationalliberalen Abg. Deumer, v. Gerner, Schmieding und Wallbrecht die folgende Interpellation eingebracht:

„Sind die Vorarbeiten eines Schiffahrtskanals vom Rhein zum Dortmund-Ems-Kanal durch das Emscherthal als Teilstrecke des Rhein-Weiser-Elbe-Kanals soweit abgeschlossen, daß die zu wählende Einzelführung endgültig festgelegt ist? Ist die lgl. Staatsregierung für diesen Fall bereit, mit einer abermaligen, die wirtschaftlichen Interessen des dortigen Industriegebiets schädigende Verschiebung dieser Linie zu vermeiden, sobald oder wenn möglich noch in dieser Tagung mit einer Kreditforderung an den Landtag heranzutreten, um den Grundentwurf für die projektirte Linie zu sichern?“

Herr Wudde wird sich mit einem Wechsel auf die Zukunft begnügen.

**Der bescheidene Bälow.** Wir haben kürzlich die Lobeshymnen wieder, die anlässlich des venezolanischen Friedensschlusses die „Neue Pol. Kor.“ auf den Grafen Bälow angestimmt hatte, ebenso die Glossen der „Ab. Westf. Ztg.“ dazu, die diese Verherrlichung als „eitelhafte Fanfaren“ charakterisierten. Wie nun die „Köln. Ztg.“ mitteilt, stimmt Bälow, wie das Blatt genau wissen will, dieser Charakteristik der „Ab. Westf. Ztg.“ vollständig zu.

Graf Bälow sieht danach also selbst ein, daß seine venezolanische Extratour kein diplomatisches Meisterstück war, denn

bei dem noch so viel aufgetragenen Lob früherer diplomatischer Aktionen hat er niemals auch nur eine Miene verzogen.

Herr Sped v. Sternburg soll nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ nicht jene komischen Remonistrieren gesagt haben, die ihm der New Yorker Verächterblätter des Mosse-Blattes untergeschoben hatte. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bemerkt:

„Nach einer amtlichen Erklärung des Freiherrn v. Sternburg sind diese Zweifel gerechtfertigt. Der Gesandte machte seine Mitteilung nicht unter vier Augen dem Verächterblätter des „Berliner Tageblatts“, sondern in Gegenwart mehrerer amerikanischer Pressevertreter. In keinem der von diesen Herren ihren Blättern übermittelten Berichte fanden sich die beanstandeten Wendungen in der vom „Berliner Tageblatt“ gebrachten Form.“

Dies Dementi ist immerhin recht eigenmächtig. Wenn Herr Sped v. Sternburg das Mosse-Blatt desavouieren wollte, so brauchte er sich doch nicht auf das negative Zeugnis der amerikanischen Journalisten zu berufen, sondern er konnte ganz einfach erklären, die ihm zugeschriebenen Wendungen überhaupt nicht erklährt zu haben. Statt dessen beanstandet er nur die „Form“ des Berichts des „Berl. Tagebl.“ Den Inhalt des Interviews will Herr Sped also nicht bestreiten? —

**Offizielle Kaiserzeit.** Die „Nordd. Allg. Ztg.“ glaubt aus unserer Bemerkung zu dem amerikanischen Anarchisten-Gesetz-Entwurf, daß wie trotz der Wolffischen Meldung nicht einmal glauben könnten, daß sich gewisse Bestimmungen, z. B. die, daß keine Person, die „einer geordneten Regierung verneinend gegenübersteht“, naturalisiert werde, in dem Gesetzesentwurf befinden, darauf fallen zu dürfen, daß der „Vorwärts“ gegen die übrigen Bestimmungen des Entwurfs nichts einzuwenden habe! Der Zweck dieser kindischen Notiz ist uns wirklich rätselhaft. Glaubt die „Nordd. Allg. Ztg.“ unsere Bemerkung für ein internationales Anarchistenabkommen zu frustifizieren zu können? Die Stellungnahme der Socialdemokratie zu Ausnahmeregungen sollte doch selbst der „Nordd. Allg. Ztg.“ bekannt sein. Oder findet es das offizielle Blatt unbillig, daß wir die amerikanische Regierung nicht auch gegen die übrigen Unzulänglichkeiten des Entwurfs bis auf weiteres in Schutz nehmen? Dann mag sie das der deutschen Regierung aufs Kerbholz legen, deren Gesetzesentwurf, z. B. beim Justizgesetze, uns daran gewöhnt haben, Regierungen selbst die ungeheuerlichsten Dummheiten zuzutrauen.

**Die Geistesheulen!** Daß die Zustände, die der Traktat-Schulprozeß entthüllt hat, selbst nach konservativen Begriffen unhaltbar sind, beweist ein Antrag des Freiherrn v. Jeditz und Kurlitz zur zweiten Beratung des Etats: „Die lgl. Staatsregierung aufzufordern, die Geistesheulen für das Hauptgefißt Traktaten baldigt in öffentliche Volksschulen umzuwandeln.“ Aber der Lehrer Ridel muß bluten! —

**Der Reineids-Stöcker** gegenüber Bebel nimmt sich nun doch ein Blatt an, das ehemalige (oder noch jetzige?) Organ des Kampans Dashaß, dem sein Centrumsbruder Koeren einst Ohrfeigen zu geben beehrte. Diese Pfaffen empfinden miteinander, trotz getrennter Monession.

**München, 2. Februar.** (Privat-Telegramm des „Vorwärts“.) Der neue Kultusminister v. Wehner ist nicht als ein Mann des Centrums. Er ist reiner Geistesminister mit guter Reformtendenz. Die hiesige bürgerliche Presse erklärt einstimmig, daß man die Thaten des neuen Ministeriums abwarten müsse, um es zu beurteilen. Auch das Centrum ist sich seines angeblichen Sieges nicht sicher; das offizielle Centrumsblatt bemerkt, entscheidend für die Zukunft seien nun gute Wahlen.

## Wahlvorbereitungen.

**Herr Pauli und die Staatsarbeiter.** Man schreibt uns aus Spandau: In fürchterlichen Wahlen befindet sich der konservativ-antifemilische Mißwachs. Seine Furcht, den Wahlkreis Potsdam-Spandau-Dishavelland an die Socialdemokratie zu verlieren, äußert sich in den Versprechungen, welche die Pauli-Presse an die Adresse der Staatsarbeiter richtet. In einem Artikel des „Spandauer Tageblatts“ wird in folgender würdigen Weise den Staatsarbeitern eingeschrieben:

„... denn die Arbeiter der königlichen Institute (1) werden sich schon hüten, einem Gegner der Monarchie, wie sich der Kandidat der Socialdemokratie, Herr Dr. Liebknecht, bezeichnet hat, ihre Stimme zu geben; sie würden ihr eignes und ihrer Familie Schicksal selbst untergeben (2), denn — von der Socialdemokratie hat unser Königshaus, das Militär und alles, was mit diesem zusammen- und von ihr abhängt, nichts zu erwarten; im Gegenteil, der Militärstand würde — sobald die Socialdemokraten und ihre Freunde (3) die Majorität im Reichstage haben — so zusammengestrichen werden, daß später vielleicht in den Staatsverfassungen so viel hundert Arbeiter beschäftigt werden, als jetzt laufende. Aber auch unsere Heeresverwaltung würde wohl andre Seiten aufziehen, wenn die Arbeiter der Staatsverfassungen dazu hergehen würden, daß der Wahlkreis, in welchem unsere kaiserliche und königliche Familie ihren Wohnsitz hat, an die Socialdemokratie ausgeliefert würde.“

In einem Bericht über eine Vorstandssitzung des „Neuen (konservativen) Wahlvereins“, der auch Herr Pauli-Potsdam bewohnte, läßt das „Spandauer Tageblatt“ diesen Abgeordneten sagen:

„Der Herr Kriegsminister (1) ließ auch bei der Unterredung (mit ihm Pauli) die Bemerkung fallen, daß schon bei den früheren Wahlen die Privatindustrie die Arbeiter billiger liefere als die Militärverfassungen und daß die Heeresverwaltung gar kein großes Interesse an dem Ausbau und dem Fortbestehen der technischen Institute haben.“ (2)

Die Wahlmacher des Herrn Pauli haben eine beleidigend niedrige Auffassung von der Intelligenz der Staatsarbeiter!

**Der freimüthige Volksparteiler Lüders** hat trotz aller Rücktrittsabsichten, die er früher hegte, sich wieder zum Kandidaten für Gorki-Sauban gewinnen lassen. Die Freimüthigen haben, denn nur an der Person des alten Abgeordneten hängen ihre Hoffnungen. Ohne Lüders sahen sie ihr Geschick, aus der Ständwahl gedrängt zu werden, vor Augen. Ob ihnen mit Lüders nicht das Gleiche passiert, muß abgewartet werden.

**Der Nationalsoziale Raumann** ist in Oldenburg I aufgestellt. Der Christen-Blatte will nun doch wieder in Kalbe-Ahsersleben laudieren, wohl weil er doch durchfällt.

## Ausland.

### Frankreich.

Bei der Kammer-Ersatzwahl in Valence wurde der radikal-socialistische Kandidat Mailard mit 9176 Stimmen gewählt, in Auguston siegte der radikal-socialistische Kandidat mit 1439 St. in Dinan ist Ständwahl notwendig.

### Belgien.

In der belgischen Kammer ist man, nachdem die Regierung ihr famoses Alkoholsteuer-Gesetz unter Dach und Fach gebracht hat, wieder zu den verhältnismäßig ruhig verlaufenden Debatten über das Unfallversicherungs-Gesetz zurückgekehrt. Die Socialisten und Demokraten haben zu dem Entwurfe eine Reihe Amendements gestellt, die von den Liberalen nämlich bekämpft werden. Die Socialisten verlangen vor allem das Obligatorium sowie die Einbeziehung der Landarbeiter und der fortwirtschaftlichen Arbeiter, ferner die Gewährung der freien ärztlichen Hilfe und der Medikamente.

### Italien.

**Der Militär-Etat vor der Kammer.** Die vereinigte Linke (Socialisten, Republikaner und Radikale) hatte bei Beratung des Militär-Etats Anträge eingebracht, wonach die „unproduktiven Ausgaben“, nämlich diejenigen für Arme und Marine erheblich eingeschränkt werden sollten. Nach tage-



angen, zum Teil sehr erregten Debatten, in denen neben dem Kriegsminister auch Janardelli das Wort nahm, werden die Anträge schließlich in namentlicher Abstimmung mit 293 gegen 64 Stimmen abgelehnt.

### Spanien.

**Zur Auslandsbewegung.** Der Ausstand der Eisenbahnangestellten breitet sich weiter aus. Auch die Maschinisten wollen, wie verlautet, in den Ausstand treten. Fünf Verjonen wurden verhaftet.

In Madrid sind 4000 Kollisionsher in den Ausstand getreten.

### England.

**Eine parlamentarische Nachwahl.** London, 21. Februar. Da Lord Charles Beresford, der bisherige konservative Vertreter von Woolwich (St.-London), den Posten eines Vice-Admirals im Kanal-Geschwader angenommen hat, ist eine Ersatzwahl nötig geworden. Für die konservativen kandidiert Mr. Geoffrey Drake, ein sozialpolitischer Schriftsteller von torj-demokratischer Richtung; die Gewerkschaften stellen Mr. Bill Crooks auf, den früheren Bürgermeister von Poplar. Crooks ist aus der Arbeiterklasse hervorgegangen und hat sich im Londoner Grafschaftsrat als ehrsüchtiger Politiker bewährt. Er ist Mitglied der Fabier-Gesellschaft. Woolwich gehört seit vielen Jahren den Konservativen, so daß ein Sieg des Arbeiterkandidaten nicht sehr wahrscheinlich ist.

**Zur Armeevermehrung.** Dem Parlament ist eine Aufstellung über den Stand der neu zu bildenden Armeekorps zugegangen. Danach sind die drei ersten Armeekorps vollständig mit Ausnahme von vier Kavallerie-Regimentern, die sich jetzt in Südafrika und anderen Kolonien befinden. Das fünfte und sechste Armeekorps ist noch nicht gebildet, doch sind sämtliche zur Bildung des vierten, fünften und sechsten Armeekorps notwendigen Unterabteilungen fertig, außer 17 regulären Batterien, die sich zur Zeit noch in Südafrika befinden und von denen 14 dort noch gebraucht werden. 15 Hilfsbatterien sind noch nicht gebildet worden.

## Abgeordnetenhaus.

28. Sitzung vom Montag, 22. Februar, 11 Uhr.

**Am Ministertische:** Budde, Frhr. v. Rheinbaben.

**Auf der Tagesordnung** steht die zweite Beratung des Etats der Eisenbahn-Verwaltung.

Vor Eintritt in die Beratung macht Präsident v. Kröcher den Vorschlag, die Zugverbindung nicht bei diesem Etat, sondern erst bei der Beratung der zu erwartenden Sekundärbahn-Vorlage zu erörtern.

**Auf eine Anfrage des Abg. v. Ehnern (natf.)** erklärt Eisenbahnminister Budde: Er hoffe mit Zuversicht, daß die Sekundärbahn-Vorlage dem Hause in aller nächster Zeit zugehen werde.

Dem Vorschlag des Präsidenten wird hierauf zugestimmt, und das Haus tritt in die Beratung des Etats ein. (Berichterstattung der Kommission ist der Abg. Roelle (natf.).

### Minister Budde:

Ich habe durch die Zeitungen erfahren, daß ich heute eine große Programmrede halten würde. (Weiterlekt.) Ich bin aber kein Freund von Programmreden, halte sie unter Umständen sogar für gefährlich. Da aber kürzlich auch aus dem Hause die Erwartung ausgesprochen ist, daß ich eine Programmrede halten würde, so würde es unhöflich sein, wenn ich nicht wenigstens ganz kurz mein Programm angeben wollte. Ich werde die Leistung des mir unterstellten großen Unternehmens nach den alten großen Gesichtspunkten weiterführen, die bisher in diesem Hause nicht nur Billigung, sondern vielfach die größte Anerkennung gefunden haben. (Bravo!) Damit ist meine Programmrede zu Ende. Ich würde aber meine Pflicht verletzen, wenn ich nicht der Selbsthaftigkeit meiner Vorgänger treu bleiben wollte, bei der zweiten Etatsberatung hier zum Etat des Wort zu ergreifen. Bei meinem Amtsantritt im Juni vorigen Jahres befanden wir uns, ebenso wie beim Amtsantritt meines hochverehrten Vorgängers im Juni 1901 in einer wirtschaftlichen Krise. Diese frühere Krise aber war halb überwunden, während die diesmalige viel länger fortdauerte. Der Rückgang der Eisenbahn-Einnahmen zog sich aus dem Jahre 1901 weiterhin bis in das Jahr 1902. Vom Juni bis zum September 1902 stadierte der Verkehr ein wenig wieder auf. Aber man konnte noch von keiner grundlegenden Besserung sprechen. Deshalb mußte für mich der erste Grundsatze bei der Etat-Aufstellung für das Jahr 1903 sein: kein Optimismus in der Schätzung der Einnahmen und Schutz dieser Einnahmen. Die Einnahmen des Jahres 1901, die um 85 Millionen niedriger waren als die Etatschätzungen, mahnten zur Vorsicht. Die hoch der Ausfall des Jahres 1902 sein wird, bin ich, da erst zehn Monate verlossen sind, nicht prophetisch genug veranlagt, schon jetzt mitzuteilen. Eine gewisse Besserung ist allerdings zu konstatieren. Die Einnahmen dieser ersten zehn Monate sind um 27 Millionen höher als die 31-Einnahmen des gleichen Zeitraumes 1901. Auch an den Ausgaben ist etwas gespart, so daß jedenfalls der vom Finanzminister Mitte Juni angegebene Ausfall von 27 Millionen sich um einige Millionen verringern dürfte. (Bravo!) Nimmt der Verkehr in der bisherigen Weise weiter zu, so wird jedenfalls der Etat für 1903 besser abschließen als der Etatsentwurf angeht. Zu bedenken ist aber, daß die Momente der Verkehrssteigerung im Jahre 1902 im nächsten Jahre sich nicht wiederholen dürften. Es kommen da besonders die Düsseldorf-Ausstellung und beim Güterverkehr die Vorteile in Betracht, die wir durch die französischen und indirekt auch durch die amerikanischen Streiks hatten. Die Steigerung ist auch sehr gering gegenüber den Steigerungen in früheren Jahren und bedeutet außerordentlich wenig gegenüber dem hohen Minus pro Kilometer bei dem großen Straß an Ende des vorigen Jahrhunderts. Die voraussichtliche Einnahme für das nächste Etatsjahr ist daher sehr vorsichtig geschätzt auf die letzte 31-Einnahme plus den Einnahmen, die wir durch Vermehrung des Bahnnetzes zu erwarten haben. Ob die veranschlagten Einnahmen wirklich eingeht, hängt nicht nur von der Verkehrssteigerung ab, sondern auch davon, ob den Einnahmen ausreichender Schutz gewährt wird, d. h. ob wir eine verständige vorsichtige Tarifpolitik treiben. Es vergeht ja fast kein Tag, wo uns nicht Fiskalität, Mangel an Verständnis vorgeworfen wird, weil dieser oder jeder Tarifwunsch nicht erfüllt ist. Beim Personenverkehr liegt das wesentliche nicht darin, daß dieser oder jener Tarif erhöht wird, sondern darin, daß jeder Reisende nicht mehr ein großes Studium anstellen muß, auf welchem Wege er am billigsten und kürzesten fährt, bezw. ob er hier Freigeleg hat oder dort einen Speisewagen findet. Wenn Sie mir einige Schonzeit lassen, so werde ich nach Möglichkeit versuchen, den Personenverkehr zu verbessern, ohne mich in vage Experimente einzulassen. (Bravo!) Viel wichtiger ist ja der Gütertarif. Bei der Lage der Finanzen ist es ganz selbstverständlich, daß wir auch hier nicht mit sogenannten Tarifreformen vorgehen, die unter Umständen Experimente sind, welche die gesamten Finanzen des Staates schädigen. Ich bin aber nicht fiskalisch genug angelegt, um mich statt allen Verbesserungen entgegenzusetzen. Ich werde vielmehr dauernd in der sorgfältigsten Weise die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Landes, der Landwirtschaft und der Industrie beobachten und mit Hilfe der dazu berufenen erfahrenen Organe ständig verfolgen, wie helfend und befördernd einzugreifen ist, ohne mich auf vage Experimente einzulassen. Eine Reihe von Verbesserungen haben bereits Platz gegriffen. — Eine Anzahl von Waren sind bereits im Tarifschema in billigeren Klassen eingestuft worden. Die für den Transport nach Asien eingeführten Ausnahmetarife für Eisen und Stahl sind jetzt für die Ausfuhr nach sämtlichen außereuropäischen Ländern bewilligt worden; der ermäßigte Tarif für Emballagen ist auf eine große Anzahl wichtiger Artikel ausgedehnt worden. Es sind für die Beförderung von gebrauchten Dampfschiffen und Dredgemaschinen wesentliche Ermäßigungen eingetreten und

Die zweite Pflicht, die mir obliegt, ist, möglichst sparsam zu wirtschaften, aber die Sparlichkeit muß an der richtigen Stelle einsetzen. Hier war mir der Weg gezeigt durch meinen Herrn Amtsvorgänger, der durch seine große Reorganisation der Staats-Eisenbahn-Verwaltung vom Jahre 1895 damit vorgegangen war, den Geschäftsgang zu vereinfachen und namentlich unnütze Schreibereien zu beseitigen. Im Bureau- und Kanzleidiens sind dadurch rund 2800 Stellen erspart worden und das trotzdem das Eisenbahnenetz von 25 000 auf 32 000 Kilometer vergrößert worden ist. Diese Ersparnis beträgt 20 Millionen. Auch ich habe die Absicht, der Schreiberei gründlich zu Leibe zu gehen (Bravo!), soweit ich es irgend durchführen kann. Wohlverstanden verleihe ich darunter den inneren Bureaudienst, nicht den äußeren Dienst, wo die Beamten stets mit den Gefahren des Eisenbahnbetriebes zu thun haben. Da werden wir im Gegenteil hier und da noch etwas mehr thun. (Sehr gut! links.) Auch im Maschinen- und Rechnungsdienst hoffen wir erhebliche Ersparnisse erzielen zu können. Weiterhin wird die Aufhebung einer Registratur in meinem Ministerium den Geschäftsgang beschleunigen und größere Ersparnisse mit sich bringen. Durch die Abschaffung der sogenannten Prästare werden in einem einzigen Jahre über 600 000 Mark an Papier erspart werden. (Große Weiterlekt.) Nach der angegebenen Dienstordnung muß jedes Stückgut, das etwa nachmittags in Berlin aufgegeben wird, abends mit den Zügen nach Köln usw. abgehen, und innerhalb 24 Stunden am Zielort angelangt sein, wenn nicht Verschleppungen oder Fehler vorkommen. (Lebhafter Bravo!) Weitere Ersparnisse sind erzielt dadurch, daß ich die Konsequenzen aus den billigen Auslandsverträgen der Subjekte gezogen habe. Es ist mir gelungen, den Schienenpreis auf 4 P., teilweise sogar auf drei Mark zu ermäßigen. Bei dem Kohlenyndikat sind die Ermäßigungen nicht so erheblich gewesen.

An anderer Stelle dagegen halte ich Ersparnisse nicht für zulässig. So habe ich mich nicht eingelassen auf eine Einschränkung der Personenzüge, die den wirtschaftlich arbeitenden Ständen den Verkehr erschwert hätte. Die Eisenbahn ist dazu da, den Verkehr zu heben, nicht ihn zu hemmen und durch eine falsche Sparlichkeit zu unterbinden. (Bravo!) Wir haben im Gegenteil einige Verjonen- und Schnellzüge eingelegt. Auch auf dem Gebiete der Betriebssicherheit sind Ersparnisse nicht zulässig. Wenn jemand sein Leben der Bahn anvertraut, so muß er wissen, daß alles Mögliche geschieht, um ihn vor Beschädigungen oder Tötung zu bewahren. (Lebhafter Beifall.) Weiter werden Maßnahmen getroffen, um den unruhigen Gang der Wagen zu beseitigen. Das wird sich erreichen lassen sowohl durch die Einführung des schweren Oberbaues als durch Reparaturen im Wagenbau. Mit der Vermehrung des Fuhrparks wird auch in den jetzigen Zeiten der niedrigen Konjunktur fortgeführt werden müssen. Wir müssen die jetzigen billigen Preise ausnützen. (Sehr richtig!) In einer angemessenen Vermehrung des Fuhrparks aber ist es notwendig, daß das Geze über den Ausgleichsfonds zur Verabschiedung kommt. Andernfalls würde ich genötigt sein, Ihnen einen Nachtrags-Etat vorzulegen.

Das schwierigste Kapitel betrifft das Personal. Es wird nie möglich sein, bei allen 365 000 Personen, die im Eisenbahndienst beschäftigt sind, Glück und Zufriedenheit zu verbreiten. Aber es muß unter Verbehalten sein, nach Möglichkeit für diejenigen zu sorgen, die täglich für die Allgemeinheit ihr Leben einsetzen. Da ist eine strenge, gute Organisation die Hauptbedingung. Wir dürfen nicht zulassen, daß sich in unserer Organisation Befreiungen geltend machen, die ich kurzweg mit dem Namen „Umsturz“ bezeichnen möchte. (Lebhafter Beifall rechts.) Meine ganze Vergangenheit bürgt Ihnen dafür, daß ich derartigen Befreiungen mit aller Energie entgegenzutreten werde. (Erneuter, lebhafter Beifall rechts.) Ich folge darin meinem Amtsvorgänger, daß wir alle diejenigen ausmerzen, die dem nicht folgen wollen. Mein Amtsvorgänger hat in einem Erlaß bestimmt: Wer sich agitatorisch an sozialdemokratischen Befreiungen beteiligt, innerhalb des Eisenbahn-Personals, wird als Arbeiter sofort entlassen. (Lebhafter Cho-Aufschlag links.) Wer als nichtständiger Beamter dasselbe thut, dem wird ebenfalls gekündigt, der wird entlassen. Wer als Beamter, der den Treueid geschworen hat, sich dessen schuldig macht, wird einfach im Wege des Disziplinarverfahrens bestraft. Das ist ein Verbot, das ich überaus streng habe, und das werde ich auch halten. (Lebhafter Beifall rechts.) Die Frage ist nun so ernst, als wir in einem Nachbarlande die überaus traurigen Folgen gesehen haben, die eintreten, wenn man eine solche Energie nicht beobachtet. Ich darf aber auch mitteilen, daß nach meiner Kenntnis eine weit verbreitete Organisation bei den Eisenbahnern zur Zeit nicht besteht. Es besteht zwar eine Hamburger Organisation unter sozialdemokratischer Leitung, die sich ständig bemüht, in unsere Interessensphären hineinzukommen und die sich einer großen Mitgliederzahl rühmt. Aber gerade dieses Rühren läßt mich vermuten, daß die angegebenen Zahlen wohl übertrieben sind. Immerhin müssen wir aufmerksam und vorsichtig sein. Es existieren aber auch Vereine, die mir durch viele Depeschen und Schreiben ständig berichten, daß sie königstreu und beamtentreu sind, und die auch mit Petitionen um Verbesserungen an mich herantreten. Das läßt sich alles hören. Was für die Fürsorge und Wohlfahrt der Angestellten geschehen kann, soll geschehen. Auch in der preussischen Armee betrachtet es ja der Vorgesetzte als eine eigene Pflicht, für die Untergebenen zu sorgen. (Bravo! rechts.) Ich habe selbst, wie ich als Lieutenant nach Frankreich marschierte, meinem Nachbar, einem Musketier, der schwer unter der Last seines Tornisters litt, diesen abgenommen und ihn eine Weile selbst getragen. Ich bin bereit, Tag und Nacht für meine Untergebenen zu sorgen, aber ich verlange Disziplin und Ordnung, und ich will heute schon jedem Eisenbahner draußen im Lande raten: Er mag seinen Tornister packen, er mag weggehen und irgendwo anders hingehen, wo er Arbeit findet; wir dulden im Eisenbahndienst keinen Umsturz. Wir werden innerhalb der Verwaltung alle diejenigen Vorstandsmitglieder treffen, um solchen Befreiungen und Erscheinungen mit aller Energie entgegenzutreten. (Lebhafter Bravo! rechts.)

Wir müssen aber auch für die Arbeiter sorgen. Es war mir eine große Freude, daß der Finanzminister mir 3000 neue Beamtenstellen bewilligt und 1000 Stellen niedriger Ordnung in solche höherer Ordnung umgewandelt hat. Auch bezüglich der Dienstdauer und der Ruhezeit ist viel geschehen, wenn auch noch manches zu thun ist. Es ist meinem Amtsvorgänger noch nach seinem Scheiden aus dem Amte vorgeworfen worden, daß er nicht gestahet hat, daß der Verein für Sozialpolitik Sendboten in alle Werkstätten usw. entsende, die sich über die Arbeits-, Wohnungs- und sonstigen Verhältnisse der Angestellten unterrichten sollten. Das Bedürfnis nach Statistik ist aber bei Behörden und Einzelnen so ausreichend befriedigt, daß ich gleich meinem Amtsvorgänger den Zutritt dieser Sendboten verweigert habe. Es liegt in der Natur der Sache, daß gegenüber solchen Abgesandten eines sozialpolitischen Vereins die Beamten allerlei subjektive Klagen vorbringen, die kein richtiges Bild der Sache geben. Wenn man mich persönlich fragte, würde ich meinen Büchern auch nicht ganz zufriedenstellend ausfallen. Mein Bureau liegt zu nahe bei meiner Wohnung, ich habe nicht die nötige Erziehung. (Weiterlekt.) Deshalb habe ich die Sache selbst in die Hand genommen und in meinem Ministerium vier Kommissionen gebildet, die ins Land hinausreisen und unerwartet an irgend einer Stelle eine Untersuchung über die Arbeitsverhältnisse der Angestellten mit aller Objektivität vornehmen müssen. Es ist mir in der Presse vorgeworfen, durch Bildung dieser Kommissionen solle die Wahrheit verschleiert werden. Ich bin aber Minister der öffentlichen Arbeiten, ich habe nichts zu verheimlichen. (Sehr gut! rechts.) Ich habe mich an einer solchen Kommissionsreise selbst beteiligt und habe auch Schmutz gefunden,

über den ich höflich geschimpft habe. Ich habe mich mit den Arbeitern unterhalten, die Beschwerden eines Zugführers als berechtigt anerkannt.

Die Reibhaftigkeit in der Eisenbahnverwaltung gehen mir noch manchmal zu langsam, aber so rasch, wie ich früher dachte, geht es doch auch nicht. Eine Verwaltung, die sich der höchsten Objektivität befleißigen muß, braucht Zeit zu ihren Entscheidungen. Redner geht darauf auf die Steigerung der Bauhätigkeit in den letzten Jahren ein. Streckenarbeiter sind meines Wissens nirgends entlassen worden.

Ich hoffe, daß Sie mit Ihre Rücksicht, Ihr Wohlwollen und Ihren erfahrenen Rat zu teil werden lassen, so daß es mir, wenn ich auch nicht als Fachmann vor Sie treten kann, gelingen wird, die Eisenbahn-Verwaltung in ihrem Doppelberuf als Lebensader des Verkehrs und als Rückgrat der preussischen Finanzen zu erhalten. (Lebhafter Beifall rechts und im Centrum, vereinzeltes links links.)

**Abg. Dr. am Behnhoff (C.):** Wir werden den Minister in der Erfüllung seiner schweren Aufgabe nach Kräften unterstützen. Seine klaren Ausführungen, denen das gesamte Haus gespannt gefolgt ist, haben bewiesen, daß er kein Philister ist. (Weiterlekt.) Besonders hat es uns gefreut, daß er für seine Beamten ein warmes Herz hat. Der Sozialdemokrat kann am wirksamsten dadurch entgegengetreten werden, daß die berechtigten Wünsche der Beamten erfüllt werden, nicht durch eine allzu strenge Disziplin. (Dem Redner wird plötzlich unwohl und er bricht seine Rede ab.)

**Abg. Rocco (natf.)** geht auf die Steigerung des Eisenbahnverkehrs in den letzten Jahren näher ein. Seine politischen Freunde würden den Minister bei allen Maßnahmen unterstützen, die auf Verbesserung dieses Verkehrs gerichtet sind. Mit der Erneuerung des Oberbaues müsse möglichst rasch vorgegangen werden. Für Beamte, die in unverhältnismäßig teuren Gegenden stationiert seien, müsse noch mehr geschehen. Von aufrührerischen Elementen müsse die Verwaltung rein gehalten werden, namentlich müßten die berufsmäßigen Agitatoren ferngehalten werden. Eine Ermäßigung der Gütertarife ist im Interesse der Industrie wünschenswert. Der Finanzminister habe in seiner Etatsrede gesagt, Amerika sei der schwarze Punkt am Himmel unserer Industrie. Er bestreite, daß vorläufig schon von einer Abhängigkeit der deutschen von der amerikanischen Industrie geredet werden könne. Aber das Prinzip, die Rohstoffe für die Industrie möglichst billig zusammenzuführen, habe die amerikanische Industrie groß gemacht. Billige Preise seien auch für die deutsche Industrie eine Lebensfrage. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

**Abg. Frhr. v. Erffa (L.):** Lieber den frischen Mut des Ministers können wir unsere große Freude ansprechen. Die Textilindustrie ist wieder im Aufschwung begriffen. Dieser Aufschwung würde noch größer sein, wenn die Sozialdemokratie nicht durch ihre störenden Maßnahmen immer wieder Aufregung in die Industrie hineintrage. Den Vorschlag des Abg. am Behnhoff, den Ausgleichsfonds auch zur Ausgleichung der Schwankungen der Naturliefererträge zu verwenden, halte ich nicht für angebracht. Eine Reichs-Finanzreform ist nur möglich durch Schaffung eines Reichs-Ausgleichsfonds. Dieser kann ohne Steuern aber nicht eingerichtet werden. Unter den vielen Objekten, die zur Verbesserung noch herangezogen werden könnten, ist in erster Linie der Tabak zu bemerken. (Sehr richtig! rechts.) Das Centrum ist ja für eine solche Steuer schwer zu haben, aus Rücksicht auf die Wähler. Ich möchte die Herren bitten, den Wannedstolz nicht nur nach oben, sondern auch einmal nach unten zu zeigen. (Lebhafter Beifall rechts.)

**Abg. Defer (natf.)** schließt sich den Ausführungen des Abgeordneten Rocco an Ermäßigung der Gütertarife an. Die Ausnahmetarife bedeuten eine Vergünstigung einzelner, gewöhnlich großer, leistungsfähiger Industrien. Die kleineren Industrien haben von ihnen keinen Vorteil. (Sehr richtig! links.) Weiter möchte ich den Minister bitten, den Fahrverkehr mehr wie bisher einzuführen. In Württemberg hat man es verstanden, eine vollständige Trennung zwischen Koh- und Fernverkehr durchzuführen. Im Gepäckverkehr müssen Erleichterungen geschaffen werden. Im Güterverkehr, namentlich im Verkehr mit landwirtschaftlichen Produkten, ist man in England weiter als bei uns. Es sind da Einrichtungen getroffen, die die frischen landwirtschaftlichen Produkte direkt den Konsumenten zuführen. Der Minister hat seinen Standpunkt zur sozialdemokratischen Partei in einer Einseitigkeit und Schroffheit dargelegt, wie es wohl selten geschehen ist. Die Ansichten, die der Minister entwickelt hat, verletzen den Grundsatze der verfassungsmäßigen Gleichheit aller Staatsbürger, sie enthalten eine Beschränkung, ja Befreiung des Koalitionsrechts. Es geht nicht an, daß ein Staatsbürger seiner politischen Gesinnung wegen anders behandelt wird. Wir müssen hier lauten Protest erheben. Wir können nach den vom Präsidenten getroffenen Positionen jetzt auf die Beschäftigungsfrage der Arbeiter nicht eingehen. Wir behalten uns vor, bei den betreffenden Kapiteln dazu Stellung zu nehmen. Aber schon heute müssen wir gegen die Aeußerungen des Ministers protestieren. (Beifall links.)

### Minister Budde:

Die letzten Bemerkungen des Vorredners zwingen mich zu einer Erwiderung. Es ist mir nicht eingefallen, die Gleichheit aller Staatsbürger wegen ihrer politischen Gesinnung anzutasten. Ich habe nur gesagt, daß jemand, der Eisenbahner ist und eine sozialdemokratische Gesinnung bezeugt oder Propaganda macht, unter die Eisenbahner nicht rechnet. Jeder könne in seinem Herzen denken was er wolle, aber im Dienst der Eisenbahnen könne er nur Leute gebrauchen, die den Eid der Treue leisten und den Treueid nicht brechen. Ich verleihe keineswegs den Grundsatze: Gleiches Recht für alle. Ich sage nur: Jeder, der nicht in den Betrieb hineingehört, den muß ich rausgehen lassen. Die Majorität des Volkes will nicht, daß bei der Eisenbahnverwaltung die Disziplin untergraben wird. Die Koalitionsfreiheit beschränke ich nicht. Es gibt eine Menge Vereine und etwa 32 Zeitungen. Niemand ist die Feder oder der Mund verschlossen. Aber jeder der Umsturz treibt, muß sich andre Arbeit suchen. (Beifall rechts.) Ich sage mir da: Wer ist Herr im Hause? Die Sozialdemokratie, die den Umsturz predigt und den Eisenbahnbetrieb unmöglich machen will oder ich, der Staatsminister.

**Abg. Gamp (fl.)** erklärt sein völliges Einverständnis mit der Stellung des Ministers zur Sozialdemokratie. Die Eisenbahnverwaltung habe etwas niedrigere Preise vom Schienenkartell erzwungen, aber die Preise seien immer noch zu hoch im Verhältnis zu dem Rückgang der Eisenpreise im allgemeinen.

Minister Budde erklärt, er habe über die wasserwirtschaftliche Vorlage nicht gesprochen, weil sie nicht auf der Tagesordnung steht. Wir werden ja Gelegenheit haben, uns über diese Frage in gewissen Umfang zu unterhalten, da ja eine Interpellation, die mit der Kanalfrage in Zusammenhang steht, bereits angekündigt ist.

**Abg. Ehlers (fr. Bg.):** Eine Ermäßigung der Tarife sei wünschenswert, aber wohl zur Zeit nicht zu erreichen. Es sei immer noch besser, der Minister setze die Tarife fest, als die konservativ-kerikale Mehrheit thue das. Die Entwicklung werde sicher zu einer Ermäßigung führen, wenn auch das Gegenteil noch so oft hier beschloffen werden sollte.

Nach längeren Ausführungen des Abg. v. Arnim (L.) wird die Sitzung vertagt.

Es folgt eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Graf Ranin wünscht, daß die Interpellation wegen der anderweitigen Regelung der Volkshauskassen möglichst bald auf die Tagesordnung komme. Die konservative Partei wünsche die Vorlegung und Verabschiedung einer solchen Vorlage noch in dieser Session und habe deshalb ein lebhaftes Interesse an der baldigen Verhandlung der Interpellation.



Präsident v. Kröcher erwidert, daß der Statistiker noch nicht den Tag angeben zu können erklärt habe, an dem er die Interpellation zu beantworten in der Lage sei. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Sattler (nall.) ist der Meinung, daß die Regierung verpflichtet sei, einen Termin anzugeben.

Präsident v. Kröcher ist der Ansicht, daß es nicht im Interesse der Interpellanten liege, auf diese wertlose Ausführung der Geschäftsordnung zu dringen. Denn es ist klar, daß dann die Regierung einen sehr späten Termin bestimmen könne, mit dem den Interpellanten gar nicht gedient sei.

Die Fortsetzung der heutigen Beratung wird hierauf auf Dienstag 11 Uhr verlagert.

Schluß 11/1 Uhr.

## Aus Industrie und Handel.

### Der „Fall Exner“.

Leipzig, den 23. Februar.

In der heutigen Sitzung wird zunächst der Verkauf von 882 000 Mark galizischer Tochteraktien von der Leipziger Bank für Rechnung der Treberggesellschaft erörtert. Sachverständiger Plaut bezeichnet das Geschäft als eine Schiedung, um die Bilanz der Leipziger Bank günstiger zu gestalten. Eine längere Erörterung veranlassen die verschiedenen Verläufe ungarischer Tochterobligationen an Müschmaier und Co. in Hamburg. Der Verkauf der Obligationen, welche die Leipziger Bank in Verwahrung hatte, wurde durch Vermittlung des Rattlers Rothe in Hamburg mit der Tochtergesellschaft abgeschlossen. Das Geschäft wurde perfekt, sobald die Leipziger Bank die Genehmigung erteilt und sich zum Rückkauf verpflichtet hatte. Der Sachverständige Plaut erklärt, das Geschäft wäre korrekt gewesen, wenn die Leipziger Bank am 28. März Müschmaier belästigt und am 31. März die Treberggesellschaft erkannt hätte. Allein aus einem Verleumdungsgerücht an die Treberggesellschaft geht hervor, daß die Treberggesellschaft erst am 8. April erkannt worden sei. Daraus entnehme er, daß das Geschäft erst am 1. April gemacht worden sei. Dies sei eine Verdatierung, die er für inakzeptabel halte.

Die Frage des Verteidigers Gordon, ob diese Verdatierung betrüben konnte, daß die Bücher der Leipziger Bank keine Uebersicht über den Stand der Bank gewährten, wird von dem Sachverständigen Plaut verneint. Der Sachverständige Sühling bezeichnet es als durchaus unzulässig, wenn bei einem abgeschlossenen Monat noch Blätter freigegeben werden. Derartige Schlupfwinkel seien jedenfalls vollständig unzulässig. Zeuge, Buchhalter Prempler, bezeichnet die Rückdatierung, die in allen Bankgeschäften vorkomme, als zulässig. Auf Verfragen des Vorsitzenden gibt der Zeuge zu, daß auf Anordnung Exners oftmals mehrere Monate hindurch Conten offen gelassen seien. Plaut hält die Rückdatierung nur für unzulässig, wenn ein Abschluß bereits gemacht sei.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlung kam der von der Treberggesellschaft an Rudolf Braas-Hamburg bewirkte Verkauf von 400 000 Lire italienischer Obligationen zur Sprache, wobei dieselbe Rückdatierung statgefunden hat. Sachverständiger Plaut erklärt, wenn am 31. März oder am 1. April der Kontur der Leipziger Bank ausgebrochen wäre, hätten die Bücher keine Uebersicht über den Vermögensstand der Bank gewährt. Rechtsanwalt Gordon fragt darauf, ob die Buchung für weitere Zeit die Uebersicht über den Vermögensstand der Bank vereitelte. Sachverständiger Plaut antwortet: Nein.

erner kam der Verkauf von ungarischen Obligationen zur Erörterung, der in derselben Weise wie bei den anderen Effekten vorgenommen war. Sachverständiger Plaut bemerkt, diese Geschäfte seien sämtlich korrekt und für die Leipziger Bank von Vorteil gewesen, denn diese habe dadurch Bargeld erhalten und somit die Sicherheit erhöht. Schlimmer sei gewesen, daß sie immer mehr Gelder ließ. Exner erklärt darauf, Schmidt habe nur so viel Geld erhalten, als Kredit eingeräumt war und zwar immer nur in der Höhe der geleisteten Sicherheit. Eine Erweiterung des Kredits hätte vom Aufsichtsrat ausdrücklich beschlossen werden müssen. Auf die Ausführungen des Vorsitzenden, daß es Exners Pflicht gewesen sei, sich mit allen Mitteln gegen eine Erhöhung des Kredits zu verwahren, erwidert Exner, sobald Schmidt nachgewiesen habe, daß er zur Weiterführung seiner Unternehmungen mehr Geld gebrauche und außerdem die Sicherheit erhöhte, hätte eine Erweiterung des Kredits nicht verweigert werden können.

Zu der Nachmittags-Sitzung gelangt ein Brief Schmidts an Exner zur Verlesung, worin Schmidt mittelst, er werde wieder 2/3 Mill. Mark zur Dividendenverteilung brauchen. Die Treberggesellschaft habe bei verschiedenen Banken Guthaben von annähernd 6 Millionen und außer bei der Leipziger Bank keinerlei Verbindlichkeiten. Es sei begründete Aussicht vorhanden, daß die Tochtergesellschaften nachdies in volle Tätigkeit treten. Adhuc werde die Treberggesellschaft die Leipziger Bank nicht mehr in Anspruch nehmen, sondern ihr sehr bald beträchtliche Zahlungen machen. — Daraus wird die Verhandlung auf morgen vormittag 9 Uhr verlagert.

Die Spekulation auf die Einfalt liefert, wie erst jüngst wieder der „Fall Wardenstatter“ erwiesen hat, noch immer die besten geschäftlichen Ergebnisse — und dazu sind für solche Spekulationen keineswegs besondere Kenntnisse erforderlich; es genügt eine gewisse, nicht zu schwächliche Portion Unverfrorenheit, ein starkes Selbstbewußtsein und als Hauptzutut recht viel Gewissenlosigkeit. Als Beispiel für die Ungeniertheit, mit der häufig bei derartigen Spekulationen vorgegangen wird, mag ein Fall dienen, an dem — wider Willen — der „Vortradat“ selbst beteiligt ist. Vor kurzem erschien mehrmals in unserem Blatt nachstehendes Inserat:

**Tichtige Aquisiten** werden für ein ausländisches Bankinstitut zum Verkauf von Staatspapieren gegen monatl. Teilzahlungen gesucht. Nur gut eingeführte Herren wollen ihre Offerten sub „Bank V. S.“ an die Expedition dieses Blattes senden.

Vermutend, daß hinter der Annonce wieder mal der alte Loschwindel stecke, reichte ein Freund unseres Blattes eine Offerte ein und erhielt darauf von dem Bankinstitut „Merkur“, Bank- und Wechselstuben „Aktien-Gesellschaft“, Budapest, ein längeres Schreiben, in welchem ihm angetragen wurde, gegen „entsprechende Provision“ Käufer auf gewisse österreichisch-ungarische Wertpapiere, vornehmlich Serien-Lose, zu werben. Unter andern heißt es in dem Brief:

Der Verkauf geschieht unterseits derartig, daß wir den von Ihnen namhaft gemachten Käufer das dem Geschäft entsprechende Dokument (Kontobrief) einreichen, welches die Benennung, Stückzahl, Nummer der betreffenden Papiere enthält, und dem Käufer alle aus dem Besitze des Wertpapiers entsprechende Vorteile und Abzinsungen zusichert. Die Papiere selbst bleiben so lange in unserer Verwahrung, bis der Käufer den bedingenen Kaufpreis nicht vollkommen getilgt hat. Die Tilgung des Kaufpreises geschieht in monatlichen Teilzahlungen und sind die Zahlungsmodalitäten in dem jeweiligen Prospekt genau angegeben. Zur besseren Orientierung legen wir Ihnen als Muster ein solches Prospekt bei. Erfahrungsgemäß sind es meistens Lotterien (St. 5 Proz. 1860er, 1864er, ung. 4 Proz. Hypoth.-Lose usw.), welche vom Publikum am liebsten gekauft werden, jedoch sind wir auf Wunsch gerne bereit, auch sonstige Staatspapiere, als St.-ung. Rente usw. unter ähnlichen Bedingungen zu verkaufen. Was Ihre Provision betrifft, würden wir Ihnen die vom Käufer Ihnen zu erlegende 1. Rate als Aquisitions-Provision überlassen, ferner von den und eingezahlten Beträgen die 4. Rate als Superprovision vergüten.

Beigefügt war dem Brief ein Prospekt, in welchem der Verkauf österreichischer 500 Gulden-Lose vom Jahre 1860 auf Monatszahlungen empfohlen wird, ferner ein von dem Agenten zu benutzendes Quittungsformular für die erste Rate im Betrage von 60 Kronen und folgender Bestellzettel:

„Ich bestelle bei Ihnen durch Ihren hiesigen Platzagenten 1 Stück Rominale St. 500. — 5 Proz. Oest. Staatslos v. J. 1860

auf 36 monatliche Raten à Kronen 60. Ihrem Platzagenten übergebe ich gleichzeitig Kronen 60 als erste Rate. Die übrigen Raten werde ich pünktlich bei Ihrer Kassa in Budapest oder pr. Postanweisung zahlen. Bei Kursveränderungen sind Sie berechtigt, entsprechend dem § 8 des G.-A. XXXI. v. J. 1883, zu modifizieren. Mit Unterfertigung des gegenwärtigen Bestellzettelns ist das Geschäft nicht als abgeschlossen zu betrachten, sondern nur mit dem Tage, an welchem Sie mir den Kontobrief ausfolgen.“

Unterchrift und Adresse.“ Ein feines Geschäft! Selbst angenommen, das Los, über das der Kontobrief ausgeht, ist wirklich im Besitze des Bankinstituts „Merkur“ und alles nimmt den Gang, den der Prospekt verheißt, so springt doch noch immer für den Verkäufer ein schöner Profit heraus. Die 1860er österreichischen Staatslose standen in letzter Zeit an der Berliner und Wiener Börse auf 155—156. Legt man diesen Kurs zu Grunde, ergibt sich ein Wert von ca. 1550 Kronen (1 Krone = 85 Pf.), dagegen werden dem Käufer 2160 Kronen abgenommen, die allerdings das Institut „Merkur“ nicht allein einnimmt, sondern von denen es dem Agenten, der den Käufer heranschafft, 120 Kronen (also über 100 M.) abgibt. Tatsächlich aber hat der Ratenzahler nach Einzahlung der 36. Rate noch keineswegs ein Recht auf Auslieferung des betreffenden Loses, denn wenn bis dahin, d. h. also innerhalb dreier Jahre, der Kurs sich erhöht, hat das Bankinstitut laut Bestellzettel das Recht, einseitig nach seinem Ermessen den Kaufpreis zu erhöhen.

Wir möchten unsre Leser wiederholt warnen, sich auf derartige Los-Angebote einzulassen oder als Teilnehmer den gewöhnlich von „Banken“ zweifelhafter Güte getriebenen „Los-Gesellen“ und „Spielvereinen“ beizutreten. Der Arbeiter, dem es die Umstände ermöglicht haben, ein bescheidenes, kleines Kapitalchen zu erwerben, thut zweifellos besser daran, wenn er sein Geld in einer sicheren Sparrasse oder guten Rentenpapieren anlegt.

**Arbeitslosigkeit in Karlsruhe.** Nach Mitteilung des Karlsruher Gewerkschaftsvereins wurden in den Tagen vom 18. bis 20. Januar dort insgesamt 436 Arbeitslose, 424 männliche, 12 weibliche, gezählt. Hier von waren 231 ledig, 190 verheiratet, 6 verwitwet, geschieden 2, ohne Angabe 7, bei 3 Arbeitslosen konnte der Familienstand nicht festgestellt werden. Einer Organisation gehörten nur 70 der Arbeitslosen an, während 359 unorganisiert sind. Die Dauer der Arbeitslosigkeit betrug bei 14 Arbeitslosen bis zu einer Woche, bei 91 bis zu vier Wochen, bei 319 über vier Wochen, von 12 Arbeitslosen waren die Angaben nicht zu erlangen.

## Sociales.

**Unfallfürsorge für Kommunalbeamte.** Im preussischen Ministerium des Innern wird die Frage einer gesetzlichen Regelung der Unfallfürsorge für Kommunalbeamte in Erwägung gezogen. Die Provinzialbehörden sind angewiesen, Ermittlungen darüber anzustellen, in welchem Umfang eine rechtlich gesicherte Unfallfürsorge für die Kommunalbeamten bereits gegenwärtig besteht, sowie in welchem Umfang innerhalb der letzten fünf Jahre Dienst- und Betriebsunfälle bei den Kommunalbeamten vorgekommen sind und in welcher Weise eine Unfallfürsorge für die bei solchen Unfällen Verletzten und deren Hinterbliebenen tatsächlich eingetreten ist. Die Ermittlungen sollen sich auf solche Kommunalbeamte beschränken, welche nicht der reichsgesetzlichen Unfallversicherung unterliegen. Zugleich sollen Vorschläge gemacht werden, in welcher Weise eine gesetzliche Regelung der Unfallfürsorge für Kommunalbeamte erfolgen könnte.

**Die Geisteskranken in den preussischen Irrenanstalten.** Im Jahre 1900 befanden sich nach den Mitteilungen der Statistischen Korrespondenz in den Irrenanstalten Preußens 38 359 männliche und 32 509 weibliche Geisteskranke. Im Jahre 1875 waren nur insgesamt 19 761 Geisteskranke in den Anstalten. Das Verhältnis der Geschlechter zu einander ist gleich geblieben.

**Das Rechtsmittel gegen die Heranziehung zu den Kosten der Handwerkskammer.** Ein Fabrikant Kesse war vom Magistrat seines Wohnorts zu den Kosten der Handwerkskammer herangezogen worden, wolle aber freigestellt werden, weil er schon von der Handelskammer zu Beiträgen herangezogen wird. Auf Klage im Verwaltungs-Streitverfahren stellte das Ober-Verwaltungsgericht als Revisionsinstanz Herrn A. von den Beiträgen zur Handwerkskammer frei. Begründend wurde ausgeführt: Gegen die Heranziehung zu den Kosten der Handwerkskammer gebe es an sich nur das Rechtsmittel der Beschwerde beim Regierungspräsidenten und ebentuell noch beim Oberpräsidenten. Das Verwaltungs-Streitverfahren sei an sich nicht gegeben. Würden aber die Beiträge in einer Weise erhoben, als wären es Gemeinde-Abgaben, wie das hier geschehen sei, dann könne im Verwaltungs-Streit die Heranziehung angefochten werden, und dann müsse der Verwaltungsrichter den Kläger auf jeden Fall freistellen, weil Handwerkskammer-Beiträge keine Gemeinde-Abgaben seien und nicht als solche erhoben werden können. So liege die Sache hier. Auf die eigentliche Verpflichtungsfrage könne bei dieser Rechtslage das Gericht nicht eingehen.

## Aus der Frauenbewegung.

**Einen Rufus zum Kampfe** erläßt die Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands. Die Genossinnen werden aufgefordert, zu dem Gesetzentwurf über die Kaufmannsgerichte und zur Krankenversicherung-Rovelle Stellung zu nehmen. Bei dem ersten Gesetzentwurf handelt es sich darum, das Wahlrecht für die Frauen zu fordern und wenn auch die Rovelle zum Krankenversicherungs-Gesetze in der dem Reichstage soeben zugangenen Form auf die erst geplante Entrechtung der Frauen verzichtet, so ist doch die Krankenversicherung überhaupt auch für die Frauen so überaus wichtig, daß sie sehr wohl nötig haben, sich damit zu beschäftigen und ihre Wünsche auszusprechen. Die gefassten Beschlüsse sollen an Genossin Ottilie Waader eingekandt werden, die sie dem Reichstage übermitteln wird.

**Zum Gesetzentwurf über Kaufmannsgerichte** hat der Deutsche Verein für Frauenstimmrecht an den Bundesrat eine Eingabe gerichtet, den § 10 wie folgt fassen zu wollen: „Personen, welche die zum Amte eines Schöffen nötigen Eigenschaften besitzen, sind ohne Unterschied des Geschlechts wahlberechtigt.“ Eine gleichzeitig gemachte Eingabe um Erhaltung des Wahlrechts der Frauen bei den Krankenkassen ist durch die dem Reichstage inzwischen gemachte Vorlage gegenstandslos geworden.

## Verfammlungen.

**Der Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend** hielt am Sonntag in Cohns Festsaal eine außerordentliche General-Versammlung ab, in der Fischer berichtete, daß die Achtzehner-Kommission sich bezüglich des neuen Tarifvertrages auf folgende Bestimmungen geeinigt hat: Vom 1. April 1903 bis 30. März 1904 beträgt der Stundenlohn 67/2 Pf., vom 1. April 1904 bis zum 30. März 1905 70 Pf. Für Arbeit mit feinstem imprägniertem Holz wird ein Zuschlag von 2/2 Pf. pro Stunde gezahlt. Die Arbeitszeit wurde so geregelt, daß vom 1. März bis zum 30. September täglich 9 Stunden gearbeitet wird, vom 1. Oktober bis zum 15. Oktober 8 1/2 Stunden, vom 16. Oktober bis zum 15. November 8, vom 16. bis zum 30. November 7 1/2, vom 1. Dezember bis zum 15. Januar 7, vom 16. Januar bis zum 15. Februar 8 und vom 16. bis zum 28. Februar 8 1/2 Stunden. Die Einteilung der

täglichen Arbeitszeit ist im Vertrage genau festgesetzt, dabei ist jedoch die Bestimmung getroffen worden, daß auf Ausbauten und wo sonst die Lichtverhältnisse ungünstig sind, es gestattet ist, in der Zeit vom 16. Oktober bis zum 15. November durch Vereinbarung die Arbeits-einteilung zu ändern mit der Maßgabe, daß die festgesetzte Stunden-zahl nicht überschritten werden darf. Ein Antrag der Arbeitnehmer, den Vertrag auf die Orte Oberschöneweide, Niederschöneweide und Johannisbad auszudehnen, wurde von den Arbeitgebern abgelehnt. Dem Wunsche der Arbeitgeber, daß der Vertrag nicht wie bisher von den Mitgliedern der Achtzehner-Kommission, sondern durch die Vertreter der beteiligten Organisationen unterzeichnet werde, gaben die Arbeitnehmer ihre Zustimmung. Die protokolllarischen Erklärungen zum Vertrag, wie sie im Laufe des Jahres befristeten wurden, bleiben bestehen. — Der Referent empfahl der General-Versammlung, den Vertrag anzunehmen. Nach einer aufgestellten Berechnung würde ein Streik zur Einführung des 70 Pf.-Lohns so viele Unkosten verursachen, daß der für die Mitglieder zu erwartende Vorteil vollkommen dadurch aufgezehrt würde und sogar noch ein Verlust herauskommen könnte. Nach einer sehr eingehenden Debatte wurde folgende vom Vorstände vorgeschlagene Resolution mit 177 gegen 62 Stimmen angenommen:

„Die General-Versammlung beschließt: nach Lage der Sache und im Interesse der Organisation ist es taktisch richtig, den Vertrag so anzunehmen, wie ihn die Achtzehner-Kommission vorgeschlagen hat.“

**Der Verband der Bau-, Erb- und gewerblichen Hilfsarbeiter** hielt am Sonntag im großen Saal des Gewerkschaftshauses eine kombinierte Mitglieder-Versammlung aller zum Lohngebiete Berlin gehörigen Zahlstellen ab. Karl Heidemann gab den Geschäftsbericht und Vötker den Klassenbericht für das Jahr 1902, welche Berichte den Versammelten übrigens im Druck vorlagen. Es ist daraus hervorzuheben: Das verfloßene Jahr war für den Verband in Berlin ein sehr bewegtes, hauptsächlich infolge des Streiks, die Tarifverhandlungen waren beständig an dem abnehmenden Verhalten der Unternehmer gescheitert. Der Streik hatte im großen und ganzen ein verhältnismäßig günstiges Resultat. Durch die Baukontrollen wurde festgestellt, daß 1902, wo 973 Lohnarbeiter mehr beschäftigt wurden als 1901, doch nur 1781 Kollegen den Stundenlohn von 45 Pfennig noch nicht erhalten, während dies im Jahre 1901 noch bei 3033 Kollegen nicht der Fall war. Im Laufe des Septembers 1902 sank die Zahl der geringeren Entlohnungen noch weiter, bis auf 1100. Im Winter, in der schlechtesten Geschäftszeit, gingen die Unternehmer jedoch schon wieder mit Abzügen vor. Der Mitglieder-Verband hat sich Ende Dezember wegen des Karten-Umtauschsystems noch nicht richtig feststellen lassen; es steht jedoch fest, daß viele, die der Streik in die Organisation führte, ihre Beitragssätze nicht zum Umtausch eingereicht haben. — Die Gesamteinnahme im Jahre 1902 betrug 49 815,50 M., dazu kam der Bestand von 1901 mit 59 945,02 M., was eine Gesamteinnahme von 109 760,52 M. ergibt. Ausgegeben wurden insgesamt 55 232,09 M. Davon entfielen auf Unterhaltungen bei Streiks, Rausschickungen und Pauperen 22 973,05 M., auf Unterhaltung für Kai-Ausgesperrte 8834,80 M., Beiträge zum Streikfonds der Bauarbeiter Deutschlands (Haupt-sache) 5000 M., Ertragssteuer an die Hauptverwaltung Hamburg 10 000 M. — Am Ende des vorigen Jahres verblieb ein Bestand von 54 508,43 M. — An den Bericht schloß sich eine längere Debatte, die besonders der Anstellung einzelner Punkte diente. Dann wurde auf Antrag der Revisoren sowohl dem Kassierer wie der gesamten Lohn-Kommission Decharge erteilt und beschloffen, dem Kassierer ein Jahres-Rantelgeld von 30 M. zu bewilligen.

Ueber das Ergebnis der bisherigen Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern berichtete darauf Georg Heinemann. Er konnte feststellen, daß diesmal die Unternehmer mehr Entgegenkommen gezeigt hätten wie früher. Nach den bisherigen Verhandlungen erscheine gesichert der Minimalstundenlohn von 15 Pf. für sogenannte gewöhnliche Bauarbeiter und der Minimalstundenlohn von 50 Pf. für Wasserträger, Maltschläger und beim Mühlen beschäftigte Arbeiter. Nur beständen die Unternehmer darauf, daß gewerbliche Arbeiter, die zum erstmalig auf einem Bau arbeiten, mit einem Stundenlohn von 42/2 Pf. beginnen sollten. Bezüglich der Entlohnung der Arbeiter, die ausschließlich Steine und Holz tragen, mit 65 Pf. pro Stunde, giebt es noch Differenzen; ein Ausgleich ist jedoch zu erwarten, ebenso bei einigen anderen Punkten. Neben dem Lohnsatz ist auch ein Accoridatiz vorgesehen. Die Arbeitszeit soll den Bauern und Zimmerern angepaßt werden. — Redner betonte die Nützlichkeit eines korporativen Arbeitsvertrages und schlug eine Resolution vor, die sich im selben Sinne ausdrückt, die Grundpositionen des Vertrages zumimmt und die Vertreter der Arbeiter beauftragt, auf einen allgemein befriedigenden Ausgleich in den noch strittigen Punkten bei den weiteren Verhandlungen hinzuwirken. — Karl Ochlschläger und Bauerrat sprachen sich prinzipiell gegen jeden allgemeinen Tarifvertrag aus. Als dann Vötker dafür sprechen wollte, wurde Uebergang zur Tagesordnung beantragt, der Antrag jedoch abgelehnt. Dagegen wurde gegen den Protest der Leitung mit kleiner Majorität beschlossen, die Debatte über den Vertragentwurf in einer andern Versammlung fortzusetzen. Als Delegierte zum Bauarbeiter-Schutzkongreß wurden Oskar Vötker, Ernst Gutsch, Georg Heinemann, Karl Gräber und August Wobier gewählt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Grubenbrand.

**Wien, 23. Februar.** (V. G.) Die der „Wien. Volksz.“ aus Kassel gemeldet wird, brach in der letzten Nacht in dem Kohlen-Bergwerk „Wilhelmshöhe“ ein kolossaler Brand aus, welchem 50 000 Centner Braunkohlen zum Opfer fielen. Sämtliche Paulistellen über Lage sind eingekassiert.

### Die englische Heeresreform.

**London, 23. Februar.** (W. T. S.) Unterhaus. Kriegsminister Brodrick erklärte auf verschiedene in der Adressdebatte gemachte Angriffe: Wie alle seine Amtsvorgänger, sobald sie irgend etwas im Interesse der Arme zu thun verucht hätten, angegriffen worden seien, so habe auch er etwas andres nicht erwartet. Nach dem in der Diskussion angeschlagenen Ton scheine es, als ob man die Lehren aus dem Boerenkriege bereits vergessen habe. Sein Plan laufe nicht auf eine Vermehrung der Arme, sondern auf eine Reorganisation der bestehenden Streitkräfte hinaus. Seit 1896 sei der Bestand der Arme um 54 000 vermehrt worden, die Vorlage verlange aber nur ein Mehr von 3000 Mann. Die Einteilung in Armeecorps sei nicht deutschen Ursprungs, wie man gesagt habe; zu Anfang des vorigen Jahrhunderts hätten alle Generale unter dem Einflusse Napoleons gestanden und noch niemals habe man behauptet, daß Napoleon ein Deutscher gewesen sei. Was die Rekrutenfrage anlangt, so seien im letzten Jahre 58 000 in die Listen eingetragen worden und der Bestand des Heeres übertrafe, wenn man von der Linien-Infanterie absehe, den budgetmäßigen Effektbestand aller Heere. Derselbe betrage gegenwärtig 271 800 Mann, die Zahl der Rekruten hätten sich Ende April auf 60 000 belaufen. Man könne daher unmöglich behaupten, daß kein Fortschritt in der Zahl und der Schlagfertigkeit der Arme im Verhältnis zu der Ausgaben erzielt worden sei. Während der letzten zwei Jahre seien große Veränderungen durchgeführt worden, namentlich beim Nachrichtenbureau und in Bezug auf die Mobilisierung. Die Errichtung eines Generalstabes wie in Deutschland würde eine Ausgabe von fünf Millionen Pfund Sterling jährlich verursachen und eine überflüssige Aenderung sein; sie bedürfe einer besseren Rechtfertigung, als ihr bisher von ihren Befürwortern zu Teil wurde.

**Paris, 23. Februar.** (W. T. S.) Die Akademie der Wissenschaften wählte den Bakteriologen Robert Koch zum auswärtigen Mitglied.



Reichstag.

265. Sitzung. Montag, den 23. Februar 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky.

Die zweite Beratung des Etats des Reichsanfts des Innern wird beim Kapitel Gesundheitsamt fortgesetzt.

Hierzu liegen folgende Resolutionen vor: Abg. S. a. H. u. Gen. (Soz.) beantragen: Der Reichsanwalt möge der im Ruhrkohlenrevier bereits bestehenden Kommission zur Bekämpfung der gefährlichen zum Schaden aus der Gesamtbewirtschaftung...

Abg. Wasserh. (natl.) und Dr. Dahlem (C.) u. Gen. beantragen: Der Reichstag möge dem Reichsanwalt erlauben, daß nach Maßgabe des § 10 des Weingesezes vom 21. Mai 1901 im Sinne der am 9. Mai 1901 vom Reichstag angenommenen Resolution, welche die Uebertragung des Verkehrs mit Nahrungs- und Genussmitteln nach einseitigen Grundrissen, sowie durch Bestellung von besonderen Beamten hierfür regeln soll, Rechnung getragen werde.

Abg. Antrif (Soz.):

Ich muß bei dieser Gelegenheit wieder hinweisen auf den Mangel an Krankenhäusern überhaupt und die in ihnen bestehenden Mängel. Bis her von Seiten der Regierung auf diesem Gebiete noch sehr wenig geschehen. Zunächst eine allgemeine Bemerkung. Es ist uns der Vorwurf gemacht worden, daß wir zu viel und zu lang reden. Warum thun wir das denn? Wir bringen doch unsere Beschwerden nur vor, damit den Schäden abgeholfen werde. Wenn aber die Regierung und die einzelnen Parteien sich nicht dazu herbeilassen, Abhilfe zu schaffen, dann müssen wir selbstverständlich im nächsten Jahre wieder kommen, unter Umständen mit denselben Reden. Wenn Sie also nicht wollen, daß wir hier so oft das Wort ergreifen, dann tragen Sie Ihr Teil dazu bei, daß diese Schäden beseitigt werden. Man sollte meinen, daß die Volksgesundheit, das kostbarste Gut des Volkes, von der Regierung und allen Parteien gepflegt werden sollte. Aber weit gefehlt! Wie ist man nicht jedem christlichen Wollen auf diesem Gebiete mit allen Mitteln der Eile und Verleumdung entgegengetreten. Eins der beliebtesten Mittel gegen den unlieblichen Nachbar ist, zu unterfragen, ob nicht etwa unter den vorgetragenen Fällen ein einziger ist, bei dem eine Heine Unrichtigkeit untergelaufen ist. Ich rede doch hier aber nicht, um die Krankenanstalten zu diskreditieren, sondern weil mir gar kein anderes Mittel zu Gebote steht, um Abhilfe zu schaffen. Bis jetzt habe ich noch nicht gehört, daß ein Abgeordneter in den Einzel-Landtagen die Regierung interpellierte über die furchtbaren Mängel, die ich zur Sprache gebracht habe. So lange dies nicht geschieht, muß ich weiter die Tribüne des Reichstages benutzen. Würde ich nur allgemeine Anklagen vorbringen, so würde man Beweise verlangen. Komme ich nun mit einzelnen Fällen, dann sagt man, die sind nicht stichhaltig, denn in dem und dem Falle hast Du etwas anders dargestellt, als es thatsächlich steht. Es ist aber unmöglich, Erhebungen anzustellen, ohne daß Zerstörer unterlaufen. Das passiert sogar den hochgestellten Ministern, deren doch der ganze Verwaltungsapparat zur Verfügung steht. Ich erinnere nur daran, was für Zerstörer dem Minister des Innern v. Hammerstein im preussischen Landtage bei der Darstellung der Polizeifachweineien untergelaufen sind. (Zurufe bei den Nationalliberalen: Drücken Sie sich doch etwas gebildeter aus!) So hatte ich im vorigen Jahre mitgeteilt, daß ein Kranter Namens Arens aus der Sgl. Augenklinik ins Wasser gegangen sei. Der Mann hieß aber nicht so, sondern Jusek, und so konnte mir einfach geantwortet werden, es ist nicht wahr, daß ein Kranter Namens Arens ins Wasser gegangen ist. Die Hauptsache wird immer sein, daß das Wesentliche richtig ist. Ich verweise mich dagegen, daß ich gestrichelt, aus reiner Eitelkeit, hier die Mängel unseres öffentlichen Krankensystems zur Sprache bringe.

Es ist notorisch, daß die Zahl unserer Krankenhäuser auch in normalen Zeiten nicht ausreicht. So fehlen in Berlin etwa 1000 Betten. Nicht vor den Thoren Berlins ist es noch schlimmer. Das Dorf Lichtenberg mit seinen 45 000 Bewohnern hat kein Krankenhaus und auch keine Aussicht dazu. Ein liberales Mitglied der dortigen Gemeindevertretung hat gesagt, man solle die Kranken im Armenhause unterbringen. Auch Rixdorf mit 100 000 Einwohnern hat kein Krankenhaus. Die Zustände dort sind ein offenkundiger Skandal. Für Rixdorf sind 50 Betten im Völkchen-Krankenhaus reserviert. Außerdem sind zwei Baracken, aber ohne ständigen Arzt vorhanden. In der einen Baracke werden hauptsächlich Prostituierte untergebracht. Sie haben aber dort in regelrechtem Verlebe mit ihren Zubehältern gefunden, die sie mit Lederchen und Schwären versorgen. Ja, ein Mädchen wollte dort ihrem Gewerbe nachgehen, und nur der Zubehälter verhinderte es. (Hört! hört!) Als das in die Öffentlichkeit kam, hat die Gemeinde einfach beschlossen, einen höheren Baum um die Baracke aufzuführen. (Heiterkeit.) Noch schlimmer scheint es in Köm. a. M. zu stehen. In kurzer Zeit habe ich aus Ärzten und Bürgerkreisen 28 Zuschriften bekommen. Die Dinge liegen dort so, daß unbedingt die Regierung einschreiten muß, weil sie eine öffentliche Gefahr geworden sind. Das Angustiospital hat über 400 Betten, aber keinen Operationsaal, keine Instrumente, keinen Chirurgen. Wehlich steht es in den anderen Köliner Krankenhäusern.

Die Trennung der Hospitaler gefährdet häufig direkt das Leben der Patienten entweder durch den notwendigen werdenden Transport, oder dadurch, daß nicht schnell genug bei Komplikationen der Chirurgen herbeigeholt werden kann. Vor mir liegt die Beschwerde eines Vaters, der ein blühendes Kind durch diese Mängel verloren hat. Der Vater teilt mir mit, daß die Barackenanlagen für Infektionskrankheiten in geradezu elendem Zustande sich befinden. Baracken für Mafern und Keuchhusten giebt es überhaupt nicht. Die mit diesen Krankheiten befallenen Kinder werden zwischen Erwachsenden in die Baracken gelegt. Bei überfüllten Baracken haben schon zwei Kinder in einem Bett liegen müssen. (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.) Es giebt Baracken, die nicht einmal eine Bade-Einrichtung haben. Hier sollte die Regierung wenigstens auf Grund des Reichs-Seuchengesetzes einschreiten. In dem eben erwähnten Falle ist vier Tage nach Entlassung der 7-jährigen Tochter des Betreffenden, die am Scharlach erkrankt war, die jüngste Tochter angesteckt und an der Krankheit gestorben. Die Umstände der Entlassung der älteren Tochter aus dem Krankenhaus lasse es ganz zweifellos erscheinen, daß durch sie der Krankheitsstoff verschleppt ist, hat sie doch z. B. zum Abschied allen anwesenden Kranken Kindern die Hand reichen müssen! (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.) Auf die Beschwerde des Vaters und eines Hausarztes erfolgte zunächst keine Antwort, erst nachdem der Fall in mehreren Zeitungen veröffentlicht war, wurde eine Revision vorgenommen. Auf Grund dieser Revision soll eine Aenderung dort vorgenommen werden, wann und wie, das weiß kein Mensch. — Aus Oberfeld wird folgender laun gläubliche Fall berichtet. Die Witwe Camphausen hatte ihre Tochter, die am Typhus litt, in das dortige Bürgerkrankenhaus eingeliefert, an einem Sonntag. Am Montag fand sie ihre Tochter noch genau in dem Zustand im Bett liegen, wie sie dieselbe eingeliefert hat, nicht einmal Trinkwasser hatte man ihr gereicht, trotz ihrer 40 Grad Fieber hatte sie es sich aus dem kalten Hausflur holen müssen. Am nächsten Tage fand die Mutter ihre Tochter mit blutigen Erben und blaugeschlagenem

Augen wieder: sie war beim Wasserholen, da sie zu schwach war, umgefallen und hatte sich verletzt. Natürlich wurde sie sofort aus dem Krankenhaus genommen, starb aber auf dem Transport. Auf eine Beschwerde wurde erklärt, der Oberarzt habe gesagt, bei ansteckenden Krankheiten brauche die Schwester nicht zu den Kranken hinzugehen. (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.)

Auch in Berlin liegen die Verhältnisse viel schlimmer, als das nach den Reden der Herren Vertreter des Berliner Magistrats den Anschein hat. Ich berichtete früher, daß im Elisabeth-Kinderhospital eine Reihe von Kindern mit einer häßlichen Krankheit angesteckt worden sei. Dasselbe ist jetzt im städtischen Hospital zu verzeichnen. Die vierjährige Tochter eines Schlossers kam aus diesem Krankenhaus mit derselben häßlichen Krankheit befallen heraus. Von der Direktion wurde ohne weiteres zugegeben, daß die Ansteckung sehr wohl im Pavillon III entstanden sein könne. Ob das durch die Verührung mit einem Knaben, der in einem unwachenden Augenblick zu ihr ins Bett gekommen war, oder auf einem andren Wege geschehen sei, lässe nicht festgestellt werden. Das ist doch ein ganz unerhörter Mangel an Aufsichtigung in diesem Krankenhaus. Wer entschuldig den Vater! Ein anderer Fall betrifft das Elisabeth-Krankenhaus.

An Kaisers Geburtstag erkrankte ein Baubeamter an schwerer Brustfellentzündung und wurde dorthin gebracht. Im Lauf der nächsten Woche wurde sein Zustand im hohen Grade bedenklich und man besorgte das schlimmste. Die Verwaltung fand es für gut, ihn in einen ihrer Wagen zu laden und nach der Charité zu fahren. Dort aber erklärte man, ihn nicht aufnehmen zu können, und er wurde nun wieder zurückbeordert und nach Hause gebracht. Das sind doch geradezu skandalöse Zustände. Eine weitere Beschwerde über die Lungenheilklinik des Dr. Bittchorius in Altenbed im Harz läßt mich anfangs so ungläublich, daß ich die Leute wiederholt auf den Weg der Beschwerde verwiesen habe. Nachdem der Fall veröffentlicht wurde, hat die Regierung endlich eine Untersuchung angeordnet, die geradezu himmelschreiende Zustände zu Tage gefördert hat. Die Anstalt ist im Jahre 1880 von Dr. Bittchorius gegründet. Er mietete dort eine Villa und veränderte Propelle, in denen die Heilkraft einer Sulfidquelle angewiesen wurde. Besonders Lehrer, Pastoren, Studenten suchten die Anstalt auf, später sandten auch die Orts-Krankenkassen ihre Kranken dorthin. Die angeblidhe Schwefelquelle hat bisher noch niemand gesehen. Das Essen war sehr mangelhaft, die Leute mußten direkt hungern. Pfleger waren überhaupt nicht vorhanden, der Arzt war immer im Rausch, und wenn er gar zu sehr betrunken war, wurde er von einer morphiumkräftigen Frau vertreten. Er rauchte den Tag über 25 Cigaretten, und wenn die Kranken verlangten, untersucht zu werden, dann führte er die Kranken in ein eisernes Zimmer, wo sie sich den Nattarr holten und rauchte ihnen dort etwas vor. Die Hausarbeiten mußten, weil ein Personal nicht da war, die Orts-Krankenkassen-Mitglieder machen. Wäsche war nicht vorhanden, auch besand sich kein einziger Spudnapf in dieser Anstalt für Augenkranken. Ende der 90er Jahre ging die erste Beschwerde ein, und da ist endlich das Sanitäts-Kollegium eingetreten. Bei der Revision ergaben sich die haarsträubendsten Zustände. Das Keuchere und Innere der Anstalt machte den Eindruck wirksamer Verfall. Desinfektionen kannte man in der Anstalt überhaupt nicht. Dr. Bittchorius hatte den Mut, nachdem die Regierung ihm die Konzession entzogen, dagegen zu klagen, und bei dieser Klage wurden die Thatsachen festgestellt. Dieser Fall beweist, daß die Regierung die Aufsicht, die ihr zusteht, vielfach nicht ausübt. Dierzehn volle Jahre konnte der Mann sein schreckliches Handwerk treiben unter den Augen der Regierung, die jedes Jahr eine Revision vornimmt. Entweder haben die Revisionsräte nichts gesehen oder nichts sehen wollen. Ich komme jetzt zu einem Krankenhaus, das ich schon im vorigen Jahre besprochen habe, dem Krankenhaus in Altscha. Es fehlt dort an Strümpfen, Jacken und Unterhosen für die Kranken. Am Essen wird gespart. Der Oberarzt hat erklärt, die Verwaltung mache ihm Vorwürfe, daß er zu viel bewillige und zu viel verbräuche. Die Hauskranken werden mit Hunger bestraft, obwohl doch die Kassen bezahlen.

Nun zu einem königlichen Institut; was ich über die königlichen Anstalten im vorigen Jahre gesagt habe, halte ich aufrecht, obwohl Graf Posadowsky die Wichtigkeit dieser Angaben im allgemeinen bestritten hat. Es handelt sich um die königliche Ohrenklinik in Kiel, die über einen Pferdehastl untergebracht ist, und wo keine Klosetts vorhanden sind.

Die Zustände der Privat-Irrenanstalt des Dr. Edel in Charlottenburg spotten jeder Beschreibung. Die zahlenden Patienten haben sich freiwillig nicht zu beklagen. Anders geht es den armen Kommunalkranken. 4-5 Kranke werden in ein und demselben Badewasser gebadet, das zuerst glühend heiß, nachher natürlich ganz kalt ist. Als Wadellager soll schmutzige Wäsche verwendet werden. Das Essen ist schlecht. Am besten ist die Vorrichtung über die Revision dieser Privat-Irrenanstalten. Einmal im Jahre, im März, besucht die sogenannte Sanitätskommission auch die Edel'sche Anstalt, aber es ist immer drei Tage vorher bekannt, wann revidiert werden soll. Auch der Kreisarzt revidiert, aber diese Revision besteht darin, daß er die Thüre aufschließt, sich freut, daß Dr. Edel munter ist und wieder fortgeht. Die Sanitätskommission aber wird einfach hinters Licht geführt. Die Anstalt ist überfüllt, in den Räumen stehen mehr Betten, als erlaubt ist. Steht nun die Revision bevor, so werden die Bettstellen, die zu viel in den Zimmern stehen, auf den Boden oder in den Keller gebracht und wieder herausgeholt, wenn die Kommission fort ist. Es ist in ganz Berlin bekannt, daß in dieser Anstalt außerordentlich viel Angewieser, Wagnen, vorhanden ist, die die Kranken beinahe aufpressen. Das muß auch der Regierung bekannt sein. Dem eine Patientin hat ihre die Jagdertragnisse einer Nacht (Heiterkeit) im Courbet überhand und Edel sah sich genötigt, einen Verzichtsgeldzug gegen die Wagnen zu unternehmen. Für die Besatzungs-führerin aber ergab sich die unangenehme Folge, daß sie 6 Wochen lang in Isolierhaft gesteckt wurde. (Hört! hört!) Pflegepersonal ist nicht genügend vorhanden. Die Leute müssen 15 Stunden täglich arbeiten und haben die 5. oder 6. Nacht Nachtdienst. Für die Pfleger ist kein Raum zur Verfügung, nicht einmal für alle Bettstellen. Die Wärter werden auf Solas in den Korridoren und Sälen untergebracht. Ja, selbst für die armen Patienten sind nicht immer Bettstellen da. Ein Patient liegt jetzt z. B. auf der Erde. (Hört! hört!)

Wenn es der Regierung Ernst wäre mit der Abhilfe, dann müßte sie die Revisionen anders ausführen lassen als bisher. Aehnlich wie bei Edel geht es in einer ganzen Reihe dieser Privatankalten zu, so bei Richter in Banlow, in der Maison de santé in Schöneberg. Nun zum Pflegepersonal. Der Mißstand beruht hier in der Hauptache im Mangel an gutem, geschulten Personal. Und die Ursache hierfür ist wieder in der schlechten Bezahlung, der schlechtesten Behandlung und der miserablen Verpflegung des Personals zu finden. Die Folge ist der ständige Wechsel des Personals; Leute, die etwas auf sich halten, suchen bei Zeiten aus diesem Verufe hinauszukommen. Wie schlimm es steht, geht aus den Erhebungen hervor, die der Verband des Massage- und Kranken-Pflegepersonals für Deutschland mit dem Sitz in Hamburg jüngst veranstaltet hat. Im vorigen Jahre haben Berliner Magistratsvertreter bestritten, daß das Wärtterpersonal aus allen möglichen Verufen stamme und ohne Vorbildung und Prüfung das Kranken-Pflegeamt übernehme. Die Erhebung giebt mir vollstän-dig recht. Danach beträgt die Arbeitszeit 12-18 Stunden täglich, im Durchschnitt 14,8 Stunden; das Einkommen 17-75 M pro Monat, im Durchschnitt 55,70 Mark für das männ-

liche und 32,85 M. für das weibliche Pflegepersonal. — Wie werden die Leute gepeist und untergebracht? Sie müssen im Krankenstall im Abwaschraum, im Korridor essen. Ebenso mangelhaft sind die Schlafräume. Die Behandlung wird ganz allgemein als schlecht bezeichnet. Aus dem Stande der ungelerten Arbeiter stammen die meisten Wärter; in der Statistik sind einige 50 Verufe angeführt, aus denen die Wärter hervorgegangen sind; fast die Hälfte hat gar keine Prüfung bestanden. Die königliche Charité hat bei Strafe der Entlassung den Krankenwärttern verboten, die ganz unversänglichen Fragebogen des Verbandes der Masseure und Krankenwärter auszufüllen! In einem Krankenhaus wagte man es, dem Personal verschimmeltes Brot zu geben und die Leute in einem Raume unterzubringen, in dem Stiefel schimmelig wurden, wenn man sie zwei Tage darin stehen ließ!

Für die Berliner städtischen Irrenanstalten hat im vorigen Jahre Abg. Stadtrat Fischel eine Lange eingelegt. Seine Rechtfertigungsversuche entsprechen aber nicht den wirklichen Verhältnissen, wie aus einem Eingangs der Berliner städtischen Irrenwärter und -Wärtterinnen an die Presse hervorgeht. Danach ist u. a. die „freie Verlosung“ dieser Leute derart, daß sie ein Viertel ihres Gehalts verbrachten, um sich einigermaßen ausreichend zu ernähren. Bei solchen Verhältnissen ist es ganz unmöglich, daß die städtischen Irrenanstalten ein geeignetes Pflege- und Wärtterpersonal bekommen. Redner verliest ein Inserat der Irrenanstalt in Neu-Nippin, worin ein Klempnergeselle und ein Buchbindergeselle gesucht wird, die gleichzeitig Wärtterdienste zu übernehmen haben, und geht dann auf verschiedene Gerichtsurteile ein, in denen Wärter, die durch ihre Fahrlässigkeit den Tod oder eine schwere Beschädigung der Kranken verursacht haben, freigesprochen sind mit der Motivierung, daß ihre Vorbildung keine genügende gewesen sei. Es ist auch ein öffentliches Geheimnis, daß in unseren Irrenanstalten geprügelt wird. Bei der Ueberanstrengung des Personals kann man ihnen das nicht einmal verdenken. In den Privat-Irrenanstalten, deren Inhaber natürlich möglichst viel aus ihrem Betriebe herauszuwickeln wollen, sind die Verhältnisse mindestens ebenso schlimm. Solche Zustände sollte die Regierung nicht dulden. Es besteht aber offenbar nicht einmal der ernste Wille, Besserung zu schaffen. Selbst manche Aerzte meinen, daß die dünnsten Pfleger die besten seien. Ein Mitglied der städtischen Verwaltung hat erklärt, höhere Löhne beförderten nur die Trunksucht der Wärter! Ein bekannter Sanitätsrat hat mir persönlich erklärt, er wolle gar kein gelehrtes Personal! (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.) Der Aufsatz des Dr. med. Linger in Berlin in der „Zeitschrift für Krankenpflege“, in dem die Verhältnisse der Krankenhäuser am Friedrichshof und am Urban behandelt sind, stellt fest: Jeder Station steht eine Schwester vor. Außerdem sind sechs Schwestern da, vier für den Tagesdienst und zwei für den Nachtdienst, auf den kleineren Stationen nur fünf. Der Tagesdienst dauert von 6-8 Uhr mit sehr kurzen Erpausen, der Nachtdienst von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens. Auf manchen Stationen, die 65 Betten in zwei übereinander liegenden Sälen haben, hat nur eine einzige Schwester die Nachtwache. (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.) Das sind ärztlich festgestellte Thatsachen und keine sozialdemokratischen Erfindungen. An der Spitze eines Krankenhauses darf kein abgegangener Feldwebel oder Kaserneninspektor stehen, sondern auch der technischen Verwaltung muß ein Arzt, der keine Privatpraxis hat, vorsehen. Sie schütteln mit dem Kopf, Herr Dr. Langenhans. Aber ich weiß aus eigener Erfahrung, daß die jetzigen Inspektoren von dem Wohl und Wehe der Kranken meistens nichts verstehen. Es müssen bessere Arbeitszeit, gesunde Schlaf- und Erholungsräume für das gesamte Pflegepersonal, Schutz gegen Unfall, Pensionsberechtigung durchgeführt werden und eine Pflegeskule in allen Krankenanstalten eingerichtet werden. Der Kultusminister hat die Angaben über diese Mängel zum großen Teil als unwahr oder übertrieben bezeichnet. Diese Angaben sind aber doch erwiesen! Der Kultusminister scheint sich auf die sogenannten Revisionsbehörden zu verlassen. Ich wende mich zu den Revisionen. Ich brachte im vorigen Jahre die Zustände im Pathologischen Institut am Schiffbauerdamm zur Sprache, und Graf Posadowsky erklärte, er werde energisch nachforschen lassen. Und was geschah? Erst zwei Monate später erfolgte eine Revision durch den Geheimen Medizinalrat Strömer. Am Tage vorher wurde eine gründliche Reinigung in dem Institut vorgenommen und als der Herr Medizinalrat dahin kam, war natürlich alles in Ordnung. Er untersteht sich mit dem Inhaber des Instituts darüber, wie wohl die Mängel in die Öffentlichkeit gekommen seien. Wahrscheinlich hätten nur Angestellte der Anstalt in einer Versammlung der Krankenwärter-Organisation die Mitteilung gemacht. In der That stellte sich dem auch heraus, daß in dem Personal der Anstalt einige Mitglieder der Organisation waren und das nächste war, daß zwei verheiratete Leute entlassen wurden. (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Revisionen in dieser Weise erfolgen, dann geht daraus hervor, wie sehr der Herr Staatssekretär von seinen nachgeordneten Beamten hinteres Licht geführt werden kann.

Ich komme zum Schluß. Alle die Einzelheiten, die ich Ihnen vorgetragen habe, sind auf eine Ursache, ein System zurückzuführen, und so lange dieses nicht beseitigt wird, so lange nicht mehr Krankenhäuser geschaffen werden, mehr Aerzte, besonders Spezialärzte, besseres Pflegepersonal eingestellt wird, so lange nicht vor allem bessere Bezahlung, Behandlung und Verlosung erfolgt, wird sich an den Zuständen nichts ändern. Freilich das alles kostet Geld. Wenn es sich um die Interessen der Reichen handelte, würde vielleicht Geld da sein, aber für die Arbeiter, auch für die ganz hilflosen, ist kein Geld mehr vorhanden. Das Wort, jeder Arbeiter hat eine gesicherte Existenz, ist nichts als ein Märchen, es trifft nicht zu für den gesunden und noch weniger für den Kranken. An Ihnen liegt es, hier eine Aenderung herbeizuführen. Wenn die Dinge so weiter gehen, können für uns große Gefahren aus diesen mißlichen Verhältnissen heraufbeschworen werden. So lange ich dem Reichstage angehöre, werde ich jede Gelegenheit benutzen, immer wieder auf diese Zustände hinzuweisen, bis eine Aenderung geschaffen wird. (Lebhaftes Bravo!) bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Abg. Antrif hat es für ein öffentliches Geheimnis erklärt, daß in den Irrenanstalten Kranke mißhandelt würden. Jahrelang haben Irrenanstalten unter meiner Verwaltung gestanden, und es sind auch Fälle von Mißhandlungen kranker vorgekommen. Wenn Sie bedenken, daß das Wärtterpersonal aus den ungelerten Kreisen sich rekrutiert und daß es außerst heimliche Kranke giebt, die jede Gelegenheit benutzen, um die Wärter zu malträtieren, sie hinterhals zu verlegen, so die ihnen nach dem Leben trachten, so sind Fälle, in denen Wärter sich in einer körperlichen Mißhandlung hüten lassen, zwar nie entzweifelbar, wohl aber begreiflich. Die Verwaltung trifft nur dann eine Schuld, wenn sie einen solchen Mann nicht sofort entläßt. So lange ich Irrenanstalten unter meiner Verwaltung gehabt habe, ist das in jedem Falle geschehen. Aber man kann doch unmöglich daraus den Schluß ziehen, in Deutschland sei es öffentliches Geheimnis, daß Kranke in den Irrenanstalten mißhandelt würden. Solche Ausnahmen können vorkommen, aber sie beweisen nichts für die Allgemeinheit. Im allgemeinen stehen unsere deutschen Irrenanstalten auf einer hohen Stufe, und ich möchte es im Interesse des ärztlichen Personals nicht zulassen, daß ein solcher Glaube, der eine große Demütigung in unserem Volke hervorrufen müßte, unwidersprochen in das Land hinausginge. Die Klagen, die Abg. Antrif im vorigen Jahre hier vorgebracht hat, habe ich den betreffenden Regierungen bezw. der











# Achtung! Drei Volks-Versammlungen.

Dienstag, den 24. Februar, abends 8 Uhr, in Peters Lokal, Alt-Weaabit 80/81. Referent: Reichstags-Abgeordneter Ledebour.) bei Wernau, Schwedterstr. 23. (Referent: Reichstags-Abgeordneter Albrecht.)  
Mittwoch, den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal Süd-Ost, Waldemarstr. 75. (Referent: Genossin Klara Weyl.)  
Tages-Ordnung in allen Versammlungen:

1. Was haben die Frauen von der heutigen Gesellschafts- und Staatsordnung zu erwarten? 2. Diskussion.  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersuchen

Die Vertrauenspersonen.

Achtung! Achtung!

# 5. Wahlkreis.

Mittwoch, den 25. Februar, abends 8 Uhr, in der „Tonhalle“, Friedrichstr. 112:

# Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Die Bülow'sche Heimatspolitik und die Interessen des Volkes. Referent: Reichstags-Abgeordneter Genosse Otto Antrid. 2. Diskussion.  
Da es die erste Versammlung des 5. Wahlkreises in dieser Gegend ist, so erwarten wir, daß die Genossen für regen Besuch agieren und unbedingt pünktlich erscheinen.  
Die Vertrauensleute.

# Weissensee.

# Socialdemokratischer Wahlverein.

Mittwoch, 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Saale „Albrechtshof“, Parfadenstr. 18:

# Oeffentl. Vereins-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Dr. Arons über: „Die bevorstehenden Reichs- und Landtagswahlen“. 2. Diskussion.  
Wünsche haben Zutritt, auch werden die Frauen ersucht, zu erscheinen.  
Die tägliche Kasse des Wahlvereins befindet sich im Lokal von Schmutz, König-Chaussee 38.  
Der Vorstand.

Achtung!

# General-Versammlung der Kranken- und Sterbekasse No. 55

Tonnerstag, den 5. März 1903, abends 8 Uhr, im Kassenlokal Lindenstraße 19.  
Tages-Ordnung:  
Fortsetzung der Statutenberatung. Das grüne Buch legitimiert.  
21355 Der Vorstand.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.  
Donnerstag, den 26. Februar cr., abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Köpenickerstr. 29:

# Außerordentliche General-Versammlung.

Fortsetzung der Tagesordnung der letzten Generalversammlung: Wahl von vier Beamten. Wahl des Kassierers, Bericht des Arbeitsvermittlers und des Kassierers. Verbandsangelegenheiten.  
Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.

Mittwoch, 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:

# Vertrauensmänner-Versammlung aller in Treppengeländer-Fabriken heschäft. Arbeiter.

Tages-Ordnung:  
1. Festsetzung der Taxe. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.  
Die Kollegen werden ersucht, dafür zu sorgen, daß alle Branchen (Küchler, Drechsler, Stellmacher, Wägenmacher usw.) jeder Werkstatt vertreten sind. Die Anwesenden sind besonders eingeladen.  
Der Obmann.

# Modell- und Fabrik-Tischler.

Mittwoch, 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Branchen-Versammlung in Schmidts Gesellschaftshaus, Gartenstr. 9.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Schulz: Die Schäden der kapitalistischen Produktionsweise und welche Kampfsmittel stehen uns hiergegen zu Gebote? 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschickenes.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet.  
Die Kommission.

# Achtung! Celluloid-Arbeiter und -Arbeiterinnen. Achtung!

(Kammacher, Stockarbeiter und in Galanterie-Celluloidwaren-Fabriken beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen.)

# Oeffentliche Versammlung

am Mittwoch, 25. Febr., abends 8 Uhr, in Buss' Saal (Zeh. Teel) Große Frankfurterstraße 85.  
Tages-Ordnung:  
1. Die Feuergefährlichkeit in den Celluloid-Fabriken. Referent: Reichstags-Abgeordneter Warm. 2. Diskussion. 3. Verschickenes.  
Die Arbeiter werden ersucht, Interesse an diesem Institut aufmerksam zu machen.  
Die Sektion der Kammacher und Stockarbeiter.

# Achtung, Musikinstrumenten-Arbeiter!

Mittwoch, den 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal V, Engel-Ufer 15:

# Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Deutschlands Arbeiterführer-Gesetzgebung und die geforderte Ergänzung der Arbeiter. Referent: Kollege Karl Deininger aus München. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschickenes.  
Zu zahlreichem Besuch ladet freundlich ein Die Kommission.

# Wichtig für Dreher!

Praktische Anleitung für Dreher in der Berechnung der Wechselläder. In dem Buch erklärt ein Fachmann kurz und für jedermann verständlich die Berechnung der Wechselläder. (In einigen Stunden zu erlernen.)  
Preis nur 1.50 Mark.  
Zu beziehen d. Verlagsbuchhandlung Joh. Ellguth in Rath-Düsseldorf.

# Dr. Schünemann,

Specialarzt für Haut-, Horn- und Kränklichen, Seydelstr. 9. 12-13, 16-18, Sonnt. 9-11.  
Dr. med. Schaper  
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.  
Königsgrünerstr. 27. Spr. 9-11, 4-7.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.  
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Dienstag, den 24. Februar 1903, abends 8 1/2 Uhr:

# Versammlung der Klempner

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal IV.  
Tages-Ordnung:  
1. Die Einführung der Kranken-Unterstützung im Metallarbeiter-Verband. Referent: Kollege Scheffler. 2. Diskussion. 3. Bericht der Tarifkommission und Beratung des Tarifentwurfs. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschickenes.  
Anschluß der wichtigsten Tages-Ordnung ist es Pflicht jedes Kollegen, zu erscheinen.

Mittwoch, den 25. Februar 1903, abends 8 1/2 Uhr:

# Versammlung d. Mechaniker

sowie aller in elektrischen Werkstätten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen bei Guggenhausen, Drenkelftr. 147, am Reichplatz.

Tages-Ordnung:  
1. Der Streit bei Keyser & Schmidt. 2. Wie wird bei Keyser & Schmidt gearbeitet? 3. Welche Gefahren in städtischer Begleitung sind die Bedrohungen bei Keyser & Schmidt ausgeht? 4. Die Ortsverwaltung.  
Kollegen! In dieser Versammlung wollen wir der Definitivität die Angelegenheiten des Betriebes von Keyser & Schmidt unterbreiten. Wir erwarten deshalb zahlreiches Erscheinen. — Der Inhaber der Firma ist schriftlich eingeladen.

Mittwoch, den 25. Februar 1903, abends 8 1/2 Uhr:

# Versammlung der Gold- u. Silberarbeiter u. Berufsgen.

im „Dresdener Garten“, Dresdenerstr. 45.  
Tages-Ordnung:  
1. Die Einführung der Kranken-Unterstützung im Verband. Referent: Cohen. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.  
Zahlreiches Besuch erwartet.  
Die Ortsverwaltung.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5. Tabakfabrik. 630L. Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer in Cigarren, Cigaretten, Rauch-, Kau- und Schnupftabaken. Amt 7. 1851.

Mehlhandlung von Johannes Friese Lindenstr. 2 (am Bellealliance-Platz) Hof rechts (fr. Zimmerstr. 39) empfiehlt ihre anerkannten besten Mehle als:  
Kaiser-Auszug (reines Pester) 1/2 Ctr. = 2.25; 5 Pfd. = 0.90; 1 Pfd. = 0.20.  
Weizenmehl 00 (halb Auszug) 2354L. 1/2 Ctr. = 2.00; 5 Pfd. = 0.80; 1 Pfd. = 0.18.  
do. 0 (Haynan 00) 1/2 Ctr. = 1.75; 5 Pfd. = 0.70; 1 Pfd. = 0.16.  
Gutsofende, sauber bereifene Hülsenfrüchte zu festen Preisen.

Achtbare Leute, die sich als Cigarren-Händler etablieren wollen, belibien sich zu wenden an Adolf Adler, Belforterstrasse 25.

# Kleine Anzeigen.

Jedes 5 Pfennig. Wort: 5. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 18 Buchstaben zählen doppelt.

**Verkäufe.**  
Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 497\*  
Herren-Garderobe nach Maß, saubere Arbeit, großes Stofflager, Paletot 30 Mark, Anzug 30 Mark, Dose von 5 Mark an. Kauf beim Handwerker, Inset den Handwerker verdienen. Teilzahlung gestattet. 7. Dörge, Dresdenerstr. 109.  
Vorjährige elegante Herrenhüte aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark. Verkauf Samabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21, II. 14965\*  
Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Etad 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Gullabell, Comptoir Falkenstr. 23A, früher Bernstr. 4 und 6. Sonntag geöffnet.\*  
Toppide! (selbstbaste) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Gadescher Karl 4, Bahnhofstraße. 119/59\*  
Toppide! Betten, Steppdecken, Gardinen, Bälche, Anzüge, Remontoir, uhen spottbillig, Leihhaus, Neanderstr. 6. 612\*  
Möbel, Spiegel, Bilder, Standuhren, Regulatoren spottbillig Leihhaus, Neanderstr. 6. Teilzahlungen gestattet. 612\*  
Möbelmagazin Meyer, Annalidenstr. 38, liefert Möbel, Teppiche, Gardinen in bester Ausführung zu billigen Preisen. Teilzahlung gestattet. 15168\*  
Krankegeschäfte für Jünger und Strafe käuflich und leichtwie in allen Preislagen. Kopp, Elbstr. 98. 129/17\*  
Teppiche mit Gardenschlern Jünger, niedrige Große Frankfurterstr. 9, parterre. 497\*  
Piano, gut erhalten, sofort verkauflich Ritterstraße 120, I. 57/10\*  
Dringmaschinen auf Abzahlung, ohne Anzahlung, Beckmann, Gollnowstr. 26, nahe der Landbergerstr. 15018\*Kaurienhäute, Stamm Seiser, Stamm Teufe, verkauft Brandt, Gollnowstr. 61. 23206

**Verschiedenes.**  
Patentbureau Dammann, Drenkelftr. 57 (Reichplatz), bis abends neun. 23236\*  
Rechtsbureau, Niddorf, Berlinerstr. 28. Rat und Beistand in Prozeßsachen, Strafsachen. 4132\*  
Kunstschneiderei von Frau Kolosch, Eisenstr. 48, Turmgebäude hochparterre.  
Betten reinigt gründlich täglich Reichstr. 116, Jacobstraße 57-59.  
Wandstehne, Brillanten, Goldschmuck, Uhren liefert Christliches Leihhaus, Neudeckstraße 237. 29555  
Broschürenlexikon und alle andren Bücher kauft, bezieht Antiquariat Kochstraße 66, I. Amt VI, 3397.\*  
Bluttest! Wer sich aber diese ungeschickte Grausamkeit an seiner Brust unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Bluttest, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Kreisverein, Königgräberstr. 108. Um gütigen Rücklauf wird gebeten. 1615\*  
Verein, Saal mit Bühne Sonntag zu vergeben Ritterstraße 7.\*

**Arbeitsmarkt.**  
Stellengesuche.  
Kleidernählerin im, auhem Dame, Schulz, Gartenstraße 78, vorn III. 476  
Junger Mann, 22 Jahr, militärfrei, gute Zeugnisse, sucht Stellung. Gehaltliche Absichten erbitet Franz Bachmann, Wienerstraße 28.  
Stellenangebote.  
Schreiner, nur erste Kraft, bei hohem Lohn verlangt Otto Pöhner, Neue Bahnhofstraße 15. 23116\*  
Kehrling für meine Freizeitschule, welcher die I. Klasse befehligt hat, verlangt Hugo Jülich, Buchbindermeister, Stettinerstraße 12. (Schillingstr. 24 bis 40 Mark.) 23475  
Gesangverein sucht Lehrer, erste Kraft, per Dienstag, Mittwoch, Donnerstag oder Freitag ab 9-11 Uhr. 15.—, Bedingungen schriftlich, wenn Mittwoch persönlich bei Frau B. S., Dammannstraße 10.  
Kehrling verlangt Goldarbeiter Jancz, Gruner Weg 66. 24255  
Tüchtige Maschinenbruder und Umbruder verlangt Schuler Nachf. H. O., Dikowstraße 107/8. 15242  
Papier- und Goldarbeiter verlangt Eichenstr. 5. 24165  
Mantler, geübt, sucht Goldschmiedefabrik Barthels, Nollendorfstr. 17. 24108  
Journierer, tüchtig, verlangt Goldschmiedefabrik Rosenow, Schindlerstraße 6. 24209  
Werktüher für Gas- und Wasseranlagen sofort verlangt Kämmerstr. 19 III. 24906  
Tüchtige Zehlmacher verlangt Kraußstraße 33. 4140  
Tüchtige - Steppschneidern, Gardinen-Arbeiterin verlangt Bernauerstr. 10, Schöndorfer Allee 194b vom II.  
Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Veid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag: Socordis



Partei-Nachrichten.

Parteidresse. Eine Agitation unserer Mannheimer Genossen für das Parteiblatt hatte den Erfolg, daß fast 1200 neue Abonnenten gewonnen wurden.

Unser Dortmunder Parteiblatt ist mehrfach in unangenehmer Weise mit dem dort erscheinenden Blatte der Grubenbarone, der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ verwechselt worden. Früher hieß unser Parteiblatt „Rheinisch-Westfälische Arbeiterzeitung“, nach der Verschmelzung mit dem Eiferer Parteiblatt heißt es jetzt „Arbeiterzeitung, sozialdemokratisches Organ für das rheinisch-westfälische Industriegebiet“. Das Blatt bittet, zur Vermeidung unliebsamer Verwechslungen auf diese Bezeichnung zu achten.

Die sozialdemokratische Partei Ungarns hält ihren diesjährigen Parteitag am 12., 13. und 14. April in Budapest ab. Außer den geschäftlichen Angelegenheiten stehen auf der Tagesordnung Parteiprogramm, Organisationsstatut, Stellungnahme zur Wirtschaftspolitik des Landes und die Sozialpolitik.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein neuer oberbayerischer Sozialisten-Prozess in Sicht! Der in Oberbayerien bekannte, jüngst zum Polizeirat ernannte Grenzkommissar Mädlar hat einen neuen „Fang“ geistert. Zweimal stattete er in der letzten Woche der „Gazeta Robotnica“ einen Besuch ab. Der erste verlief ergebnislos, am Sonnabend aber leitete er wieder zurück und beschlagnahmte in der Redaktion 30 Exemplare der „Krauker“, „Korngewölbe“ und drei Stück der „Mai-Erinnerungen“, deren angebliche Verbreitung unseren Genossen Koromosi und Frau Wolde auf 2 und 1 Jahr ins Gefängnis brachte. Auch ein Bibliotheksbuch wurde konfisziert. In der Redaktion der „Gazeta Robotnica“ arbeitet zur Zeit der polnische Genosse Caspari. Es ist leider keine Frage, daß die neueste Hausdurchsuchung des Herrn Mädlar wieder einen der bekannten Sozialistenprozesse zeitigen wird.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die Arbeiterinnen und Arbeiter der Celluloidwaren-Fabrikation (Stad- und Kammsfabrikation, sowie Fabrikation von Lugs- und Galanteriewaren).

Nach dem Brande der Celluloidwaren-Fabrik in der Michaelkirchstraße, Anfang dieses Monats, erschien in der Presse Berlins die Mitteilung, daß verschärfte Vorschriften zur Verhütung von Feuergefahr seitens der Polizei erlassen werden sollen. Demgegenüber hatten Unterzeichnete sich verpflichtet, diese Frage auch in der Öffentlichkeit vom Standpunkte der Arbeiter aus besprochen zu sehen, und berufen zu dem Zweck eine öffentliche Versammlung sämtlicher in der Celluloidwaren-Fabrikation Berlins beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter zum Mittwoch, den 25. Februar, abends 8 Uhr, nach dem Lokal von Buh (Znd. Zeel), Große Frankfurterstraße Nr. 85 ein mit der Tagesordnung: „Die Feuergefahr in den Celluloidwaren-Fabriken“, Referent: Herr Reichstags-Abgeordneter Burm; Diskussion, Verschiedenes. — Die Herren Fabrikanten sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Arbeiterinnen und Arbeiter! Es ist nicht nur eure Pflicht, in dieser Versammlung vollständig zu erscheinen, sondern ihr habt Sorge zu tragen, daß die Rhythmen in Bezug auf feuergefährliche Einrichtungen in den Betrieben, in welchen ihr tätig seid, auch dort zur Sprache kommen.

J. A.: Die Sektionsleitungen der Kammacher und Stodarbeiter des „Deutschen Holzarbeiter-Verbandes“ (Zahlstelle Berlin).

Wächung, Metallarbeiter. Der Streik bei Rewes, Retted u. Co. dauert fort. Die Firma lehnt die Verhandlungen ab und denkt mit den vorhandenen Arbeitswilligen auszukommen. Zugang ist fernzuhalten. Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft. Verwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Lederarbeiter-Aussperrung. In Burg bei Magdeburg haben die Lederfabrikanten Georg und Wilhelm Meinte am Sonnabend, den 21. Februar, alle Arbeiter ausgesperrt. Die Arbeiter hatten die Forderung gestellt, die Zuschläge von 5—12 Proz. zu erhöhen, dergleichen den Wochenlohn in der Werkstatt von 21 auf 22,50 M. Am Freitag fand eine Verhandlung zwischen den Arbeitern, einem Vertreter des Zentralverbandes und den Fabrikanten statt. Die Unternehmer verlangten dreijährigen Vertrag, machten aber so geringe Zugeständnisse, daß die Arbeiter die Annahme des Vertrages verweigerten. Daraufhin erfolgte am Sonnabend die Aussperrung. Alle Lederarbeiter werden ersucht, die Bürger Kollegen moralisch in jeder Beziehung zu unterstützen.

Zentralvorstand des Verbandes der Lederarbeiter.

Wächung! Schuhbinder, Portseuiller, Kartongearbeiter! Bei der Firma Feldmann u. Co., Portseuillfabrik, Erlangen, hat das gesamte Personal, circa 90 Arbeiter und Arbeiterinnen, am 21. Februar wegen Durchsetzung des Tarifs durch Einführung des Accordsystems gemeinsam die Kündigung eingereicht. Seitens des Schuhbinder-Verbandes ist die Sperre über die Firma verhängt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Die Lohnbewegung der Schriftgießer in Offenbach und Frankfurt a. M. ist beendet. Die Arbeiter haben sich im Wesentlichen mit den von uns bereits mitgeteilten Angeboten der Unternehmer einverstanden erklärt. Danach tritt am 1. März die 8 1/2 stündige Arbeitszeit, die auch für die Arbeiterinnen gilt, und der Mindestlohn von 27,50 M. in Kraft. Für die Accordarbeit soll der bei der Firma Stempel bestehende Tarif allgemein anerkannt werden. Der Tarif soll auf 5 Jahre gelten. Die Verhinderungslöhne und die Verbeibehaltung der Kündigungsfrist liegen die Arbeiter fallen. Am Mittwoch soll die Arbeit wieder aufgenommen werden.

Die Paggerarbeiter in Dresden haben eine Lohnhöhung gefordert, die auch von den Unternehmern anerkannt wurde. Eine Ausnahme macht nur die Firma G. Röbeler u. Sollenfänger, wo sich zur Zeit 45 Paggerer im Streik befinden.

Der Kölner Hiesensleger-Ausstand ist beendet. Zwischen den Parteien kam am Sonnabend vor dem Gewerbegericht eine Einigung zu stande. Die Arbeiter hatten u. a. die Abschaffung der Accordarbeit verlangt. Auf Vorschlag des Gewerbegerichts einigte man sich dahin, daß statt dessen ein Mindestlohn von 6 M. pro Tag für die Arbeiter garantiert wird, die diesen Satz nach dem Tarif verdienen. Ueberarbeit wird mit 25 Proz. Zuschlag, Nacharbeit mit 50 Proz., Sonntagsarbeit mit 100 Proz. Zuschlag vergütet. Ferner wurde eine Einigung über die Erhöhung der von den Unternehmern herabgesetzten Accordlöhne erzielt. Der Tarif gilt vom 1. April d. J. bis 1. Oktober 1904.

Den Gasarbeitern in Danzig ist seitens des Arbeitervereins der bestehende Arbeitsvertrag zum 15. März gekündigt. Die Arbeiter wollen einen neuen Tarif einführen, der anstatt des Tagelohns die Accordarbeit eingeführt und der gleichzeitige Herabsetzung der Löhne bedeutet. Es ist möglich, daß es aus diesem Grunde zu einem Streik der Gasarbeiter kommt. Die Organisation der Gasarbeiter ersucht deshalb um Fernhaltung des Zuguges nach Danzig.

Der Tarifvertrag für das Stuttgarter Baugewerbe ist jetzt von den beteiligten Organisationen, nämlich den Maurern, Zimmerern und Steinhauern angenommen worden. Nach dem Vertrage beträgt der Lohn für gelehrte Maurer- und Zimmerer: bei Jungesellen von 82 Pf. aufwärts, bei Gelellten über 20 Jahre alt von 40 Pf., bei tüchtigen Gesellen 44—46 Pfennig. Der Lohn für gelehrte Steinhauer beträgt (ohne Rücksicht auf ihr Alter) 10—12 Pf. pro Stunde.

Lokales.

Fünfter Wahlkreis. Am Mittwochabend 8 Uhr findet in der Tonhalle, Friedrichstr. 112, eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Antrid sprechen wird. Da es die erste Versammlung des Kreises in dieser Gegend ist, so erwarten wir, daß die Genossen für regen Besuch agitieren. Die Vertrauensleute.

Noch ein Notstand im Berliner Gemeindefschulwesen.

Von wohlunterrichteter Seite gehen uns lebhaftige Klagen und Beschwerden darüber zu, daß die städtische Schulverwaltung seit einiger Zeit nicht ausreichend für die Vertretung erkrankter Lehrer und Lehrerinnen der Gemeindefschulen sorgt. Gegenwärtig ist, wie alljährlich in den Wintermonaten, eine recht betrübliche Anzahl von Lehrkräften krank und dienstunfähig. Die Unterrichtsstunden des fehlenden Lehrpersonals werden nun teils durch beschränkte Vertretung, die bezahlt wird, teils durch das Kollegium der betreffenden Schule gegeben. Im allgemeinen soll das Kollegium womöglich ein Drittel der Stunden der erkrankten Kollegen und Kolleginnen übernehmen. Die Beobachtung dieses Grundsatzes hat indes ihre Schwierigkeiten, wenn an einer Schule gleichzeitig mehrere Lehrkräfte krank sind, wie es auch jetzt wieder vielfach der Fall ist. Soll dann der Schulbetrieb nicht gestört werden, so hat die Schulverwaltung für eine Vermehrung der anderweitigen Vertretung zu sorgen. Man versichert uns jedoch, daß das in diesem Winter an manchen Schulen sehr unvollkommen geschieht.

Beispielsweise sind an einer Schule in einem Zeitraum von 4 Wochen von über 100 vertretenden Stunden nur 18 (dreizehn) durch bezahlte Vertreter und alle übrigen durch das Kollegium gegeben worden. An der betreffenden Schule, die nur 16 Klassen hat, haben in diesen 4 Wochen Tag für Tag Lehrkräfte gefehlt, gewöhnlich mindestens zwei zu gleicher Zeit, oft auch drei, gelegentlich sogar vier und selbst fünf. Da waren Tage, an denen 12, 15, ja 17 Stunden mit Vertretern besetzt werden mußten und zwar sämtlich durch das Kollegium, das obenein um die Zahl der erkrankten Lehrer und Lehrerinnen verringert war. Einmal wurden an vier aufeinander folgenden Schultagen zusammen 55 Stunden vertretungsweise gegeben — ausnahmslos durch das Kollegium! In den nächsten vier Schultagen wurden von zusammen 31 Vertretungsstunden 28 durch das Kollegium übernommen, an den nächsten vier Schultagen von zusammen 33 Vertretungsstunden noch 31, und so fort.

Unter solchen Umständen leiden nicht nur die Lehrenden, sondern ebenso sehr auch die Lernenden. Man stelle sich vor, wie es an einer Schule zugehen kann, deren Lehrerkollegium etwa um ein Viertel verringert ist und den Unterrichtsbetrieb Tag für Tag voll aufrecht erhalten muß, obwohl es mehrere Tage hindurch ohne jede Hilfskraft gelassen wird. Die Direktoren schiden die Mitteilung, daß Vertretung gebraucht wird, wohl meist zu rechter Zeit an die Schulpfektoren ab; sie haben selbst ein sehr lebhaftes Interesse daran, daß schnellstens Erlass beschaffen wird. Aber es dauert oft recht lange, ehe die zur Vertretung bestimmte Lehrkraft eintrifft, gelegentlich fast eine Woche. Und trifft der Erlass endlich ein, dann muß der Direktor mündlich hören, daß die betreffende Lehrkraft schon an zwei oder drei anderen Schulen Vertretungen hat, daß mithin bei der Auswahl der wenigen ihr noch zu übertragenden Stunden nicht von ihr auf die Schule, sondern von der Schule auf sie Rücksicht genommen werden muß.

Ob es an ausreichendem Vertretungspersonal fehlt, oder ob die Schulverwaltung nur sparen will, das entzieht sich unserer Kenntnis. Thatsache ist, daß der geschuldete Notstand besteht und als drückend empfunden wird, wenn er auch nicht überall gleich stark — und in so trauriger Weise hoffentlich nur vereinzelt — auftritt.

Die „Freisinnige Zeitung“ sucht den Vortwurf zurückzuweisen, daß sie in der Angelegenheit „Vollschullehrer und Sozialdemokratie“ eine „Denunziation“ verübt habe; sie habe „einfach aus dem veröffentlichten stenographischen Bericht der Stadtvorordneten-Versammlung die bezügliche Äußerung des Stadtvorordneten citiert“. Nicht „einfach citiert“ hat das Blatt des Herrn Richter diese Äußerung — es hat sie als „bezeichnet“ für das Verhalten der Sozialdemokratie zu den Vollschullehrern“ ausgegeben. Die Thatsache, daß die Diskussion inmerwärtig geschlossen wurde, und daß das „Prävo“ aus den Reihen der Freisinnigen kam, wird von der „Freis. Ztg.“ mit gewohnter Unterwürfigkeit abgestritten; auch die privaten Lobeserhebungen freisinniger Stadtvorordneter will sie nicht glauben. Der stenographische Bericht erwähne nichts von einem Schluß der Diskussion (eine lässliche Beweisführung!), und der freisinnige Stadtv. Kreiting habe erklärt, er sei anderer Ansicht als Bernstein. Die „Freisinnige Zeitung“ will offenbar glauben machen, daß Herr Kreiting den gesamten Freisinn der Berliner Stadtvorordneten-Versammlung hinter sich habe.

Durch den Sturm, der in der Nacht zum Sonntag durch die Straßen Berlins segte, wurde in der Rosenthalerstraße an der Weimertstraße ein Fernsprechkabel heruntergerissen und auf die Leitung der Straßenbahn geschleudert. Es entstand eine intensive Klammernentzündung, jedoch wurden Personen glücklicherweise nicht verletzt. Am Brandenburger Thor sammelten sich auf dem Schienenstrang der Straßenbahn eine derartige Menge Rand und Wammzweige an, daß der Unterleitungsapparat eines Straßenbahnwagens in dieser „Barriere“ stecken blieb und so eine Betriebsstörung verursachte. An mehreren Hundert Straßenlaternen wurden die Glühlampen der Aufhänger zerschmettert und ebenso wurden viele Fensterscheiben eingedrückt. Die Straßenzüge waren am Sonntag früh mit Glassplittern förmlich besät. In Nordorf wurden durch die Gewalt des Windes mehrere Bäume gebrochen und in verschiedenen Straßenzügen, so in der Berliner, Hermannstraße Bäume umgelegt. In dem Bestand des Treptower Parks wie auch des Humboldthains ist ein nicht unbedeutender Schaden entstanden und in den Waldungen des Nordens und Nordwestens, so im Tegeler, Spanbauer-Forst, wie auch teilweise im Grunewald bedeutender Windbruch herbeigeführt.

Die Höherlegung der Bahnsteige der Stadtbahnhöfe wird nunmehr beschleunigt durchgeführt, nachdem die Warte-, Dienst-Hallen und Strecken-Zeiger auf sämtlichen Bahnhöfen der Stadtbahn bereits auf die zukünftige Bahnsteighöhe gebracht sind. Die Arbeiten sind um so schwieriger, als der Bahnbetrieb durch den Umbau in keiner Beziehung eingeschränkt werden darf. Es wird allerdings zur Notwendigkeit, daß die zweiten und dritten Zugänge zu den Perrons vorübergehend für mehrere Tage geschlossen werden, da die Treppen um zwei Stufen erhöht und entsprechend abgestürzt werden müssen. Auf den Bahnsteigen selbst werden die Aufstiegsarbeiten auch nur stufenweise vorgenommen, doch trotzdem derartig gefördert, daß bei Beginn des Sommerverkehrs die Umwandlungsarbeiten beendet und der Einfluß in die Stadtbahnwagen unter Vermeidung der Treibräder unmittelbar vom Bahnsteige aus erfolgen kann.

Streikbrecher-Arbeit. Ein Bauunfall ereignete sich Montagabend 6 1/2 Uhr auf dem Bau Gaisbergstr. 20 in Wilmsdorf, wo die Central-Heizungsanlage von der Firma C. A. Schulmann

ausgeführt wird. Bei diesem Unternehmer befinden sich die Rohrleger und Helfer im Ausstande, und da der Unternehmer keine anderen Arbeitskräfte fand, mußte der Lagerverwalter Wilhelm Kau beim Abladen eines für die Centralheizung bestimmten Kessels mitwirken. Sowohl dem Lagerverwalter wie den vier Arbeitswilligen, die bei dieser Verrichtung unter Aufsicht des Inspektors Droge tätig waren, war der Transport des vierzig Centner schweren Kessels eine durchaus ungewohnte Arbeit, und so traf denn das Unglück, das die in der Nähe befindlichen Streikposten voraussehen, prompt ein. Durch das ungeschickte Gantieren der Streikbrecher bekam der Kessel das Uebergewicht und kam unter die schwere Eisenmasse zu liegen. Die Arbeitswilligen standen ratlos zur Seite und so übten die Streikposten die Menschenpflicht, den Verunglückten von dem entsetzlichen Gewicht, das auf ihm lastete, zu befreien, eine Arbeit, die denn auch nach kurzer Zeit glücklich gelang. Mit schweren inneren Verletzungen wurde Kau von einem der Streikposten in einem Krankenwagen nach dem Elisabeth-Krankenhaus befördert. Der Verunglückte ist 56 Jahre alt, verheiratet und wohnt Dresdenerstr. 77.

Die Arbeiter auf diesem Bau befinden sich im Ausstand, weil die Firma Schulmann den vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts zwischen Arbeitern und Unternehmern vereinbarten Lohnvertrag nicht einhalten will. Die Folgen ihrer gemeingefährlichen Lohnbrücherei sind durch das jetzige Unglück grell zu Tage getreten. Außer dem gestern abgeladenen Kessel hatten noch zwei andre der Montage. Will die Firma es verantworten, daß hierbei ebenfalls Menschen zu Grunde gerichtet werden oder wird sie einsehen, daß in dem vorliegenden Fall die von ihr verübte Lohnbrücherei doppelt und dreifach verurteilenswert ist? Streikbrechern möge das Unglück zur Warnung dienen!

Mit dem Abbruch der alten städtischen Blinden-Anstalt, Alte Jakobstraße 112, ist jetzt begonnen worden. Auf dem Grundstück, das der Reichsfiskus von der Stadt Berlin für den Preis von 385 000 M. erworben hat, wird sich ein Erweiterungsbau der Reichsdruckeri erheben.

Durch den Selbstmord des Bankiers Burghalter in Potsdam und den insulgedessen ausgebrochenen Konkurs über dessen Vermögen ist, wie wir bereits erwähnten, auch die Potsdamer Kreditbank, Aktien-Gesellschaft, in Mitleidenschaft gezogen. Eine große Beforgnis ergriff viele, die ihre Kapitalien bei der Kreditbank, die früher ein Kreditverein nach Schulze-Dehnbach'schen Prinzipien war, wiedergelegt hatten. Am Freitag und Sonnabend wurden etwa 120 000 M. von der Bank abgehoben, deren Auszahlung ohne Schwierigkeiten erfolgte, da das Institut gut fundiert ist. Die Engagements der Bank mit Burghalter bezifferten sich auf 220 000 M., wovon 160 000 M. durch Unterspänder gedeckt sind, während die fehlenden 60 000 Mark aus dem mit 100 000 Mark eingestellten Special-Reservefonds und dem auf 7101 Mark normierten Debitorenfonds gedeckt werden müssen. Die Summe von 800 000 Mark, welche bis zum Ende voriger Woche als von dem Bankier unterschlagen festgehalten wurde, wächst von Tag zu Tag, da Burghalter auch viele wohlhabende Bauern aus der Umgegend zu seinen Kunden zählte, die jetzt erst von dem Zusammenbruch des Bankgeschäfts Kenntnis erhalten und nun bestürzt nach Potsdam eilen, um mit der trostlosen Gewißheit nach Hause zu fahren, daß sie alles verloren haben. So suchte am Sonntag ein Bauerngutsbesitzer aus Pochow bei Großkreutz den Konkursverwalter auf, um 21 000 M. anzumelden, die ihn Burghalter unterschlagen hat. Ein anderer Bauer, der in dem Geschäft Burghalters erschien und sein Geld zurückhaben wollte, wurde während, als ihm die Eröffnung des Konkurses mitgeteilt wurde. „Was geht mir der Konkurs an, den Mann kenne ich nicht, ich will mein Geld haben!“ Ichrie er und wollte absolut nicht von der Stelle gehen. Ein Hauswerker aus Neuenhof wollte sich infolge seiner Verluste das Leben nehmen. Zu denjenigen, welche bei Burghalter große Summen verlieren, gehört auch der Leibarzt des Kronprinzen, Sanitätsrat Dr. La Pierre, ferner der hochbetagte Justizrat a. D. Reich, Vater des früheren Landtags-Abgeordneten für Potsdam, sowie der frühere Richter des Berliner Kassations-Oberlandes, der jetzt in Klein-Glienicke wohnt. Wesentlich zu dem Niedergang des Burghalter'schen Bankgeschäfts hat beigetragen, daß Herzog Albrecht von Württemberg ihm seine anvertrauten 2 Millionen Mark entzog, als er von Potsdam verjagt wurde.

Ein färsender Aufritt spielte sich gestern in der dritten Strafammer des Landgerichts I ab. Die Thüre zum Hörsaalraum wurde plötzlich mit Gewalt aufgerissen und hinein stürzte ein Mensch, den der Gerichtsdienst vergebens zurückzuhalten suchte. Es kam zu einer kurzen Kämpfer, der Eindringling lehnte dem Beamten den heftigsten Widerstand entgegen. Der Vorsitzende ließ den Lobenden vor den Richtertisch treten. Dieser gab an, daß er der Wöbelpolierer Karl Steinbrück sei. Sein Schwager befinde sich auf der Anklagebank und er wolle der Verhandlung beiwohnen. Da der Gerichtsdienst ihm wegen Ueberfüllung den Zutritt verweigerte, habe er mit Gewalt eindringen wollen. Der Mann war augenscheinlich angetrunken. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn eine sofortige Haftstrafe von drei Tagen und der Gerichtshof erlachte demgemäß.

Ein alter Einbrecher-Veteran, der seinem „Handwerk“ längst entsagt hatte und sich durch Hilfeleistungen bei Umzugsfahrten ernährte, wurde wegen seiner neu erwachten Reizung zur Dieberei von der Kriminalpolizei in Unterzuchungshaft gebracht. Er ist der Arbeiter Ernst Winterfeldt, der bei einem Umzug in Charlottenburg einen um einen Nachtisch geschlungenen Strich durchschnitt und aus den Behältern Wertgegenstände entwendete. Er hat nicht bloß aus diesem, sondern auch aus anderen Gelegenheitsdiebstählen gute Beute gemacht. Eine Brillantbroche verkaufte er gleich; dagegen hat die Kriminalpolizei noch eine goldene Niederleiste und einen Haarpfeil mit großer Bernsteinperle bei ihm beschlagnahmt und verwahrt diese im Zimmer 37 für die noch unbekanntem Eigentümer.

Der Anstaltenhändler Jeshin in der Bellealliancestraße, der, wie wir meldeten, von dem Tapezierer Kimmischoff bei einem Einbruch durch vier Revolvergeschosse schwer verletzt worden war, wird in einiger Zeit aus dem Krankenhaus entlassen werden können. Scheitert es er noch nicht, er dürfte die Mitteljahre an den Folgen des Ueberalles noch lange zu tragen haben.

Der Kuffcher Paul Abel war, wie wir am 17. September v. J. meldeten, fälschlich des Lustmordversuchs verdächtigt und in Untersuchungshaft genommen worden. Nachdem er bereits am 13. November aus der Haft entlassen war, hat er jetzt von der Staatsanwaltschaft zu Stendal die Mitteilung erhalten, daß er außer Verfolgung gesetzt ist, da der gegen ihn erhobene Verdacht sich nicht rechtfertigen läßt.

Zur Warnung. Nicht weniger als vier Personen erlitten gestern beim Vespieren resp. Verlassen in der Fahrt befindlicher Straßenbahnwagen zum Teil lebensgefährliche Verletzungen. Gegen 1 Uhr mittags stürzte der in der Werlmerstr. 11 in Friedrichsfelde wohnende Herr Max Pefredo vor dem Hause Scharweberstr. 5 in Friedrichshagen, als er die Vorderplattform eines in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagens der Linie 70 besteigen wollte, so unglücklich ab, daß er eine bedeutende Kopfverletzung erlitt. Beim Verlassen eines in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagens der Linie 26, Richtung Ziegel, vor dem Hause Chausseestr. 8 stürzte der Eigentümer Palm, Seefer 19a wohnhaft, so unglücklich zu Boden, daß er beständiglos auf dem Straßenpflaster liegen blieb. U. der eine jüngere Gehirnverletzung erlitten, wurde nach der Charité übergeführt. Gegen 3 1/2 Uhr nachmittags verfuhr an der Ecke der Müller- und Gerichtstraße der in Vorjigwalde wohnende Kaufmann Karl Jusch



einen in der Anfahrt zur Haltestelle befindlichen Straßenbahnzug in der Richtung Ziegel zu bestiegen, stürzte feilisch ab und geriet mit dem linken Arm unter den Schwingrahmen des Wagens. Ihm wurden die Knochen der Hand und des Vorderarmes zertrümmert, so daß ihm im Augusta-Hospital, wohin er gebracht wurde, der linke Unterarm sofort abgenommen werden mußte. Der Grenadier Panzen vom Alexander-Regiment verließ gegen 9 Uhr abends in der Gütlichstraße die Hinterplattform eines in der Fahrt befindlichen Ringbahnwagens und stürzte zu Boden. Er kam mit einer glücklicherweise nicht gefährlichen Kopfverletzung davon.

**Der Aufsichtsrat des Zoologischen Gartens** beschloß gestern in Gemäßheit der Ausführung des Beschlusses der Generalversammlung vom 11. Mai 1902, den Hallenbau betreffend, nach Einholung eines Rechtsgutachtens die Revision gegen das Erkenntnis des Kammergerichts beim Reichsgericht einzulegen. Sollte das Reichsgericht zur Bestätigung der Vorentscheidungen kommen, gilt nach dem Beschlusse des Aufsichtsrats das Hallenprojekt als aufgegeben. Es wird der Generalversammlung seinerzeit keine Vorlage in der Angelegenheit zugehen.

Ein „wilder“ Automobilfahrer hat schweres Unheil angerichtet. Er fuhr auf der Köpenicker Chaussee direkt in eine hinter dem Steuerhaus in der Nähe von Karlshorst beschäftigte Arbeiterreihe. Auf einen Jurost des Kolonnenführers gelang es den meisten, sich in Sicherheit zu bringen, aber zwei Arbeiter, Frenzke und Wälzsch, wurden von dem Motorwagen in den Chausseegraben geschleudert. Besinnungslos und aus mehreren Kopfverletzungen blutend, wurden sie fortgeschleppt.

Von der elektrischen Straßenbahn überfahren wurde Sonntag nachmittag an der Ecke Müller- und Gerichthstraße der Arbeiter Juch aus Vorstwald, der in der Vorstwald'schen Maschinenfabrik beschäftigt ist. Er verfuhr auf einen bereits vollbesetzten Wagen der Linde Ziegel zu springen, glitt dabei aus und geriet mit seinem linken Arm so unglücklich unter die Räder, daß der Unterarm lang auf die Schienen zu liegen kam und zu einer unförmlichen Masse zerquetscht wurde. Ehe die alarmierte Feuerwehre erschien, war der Verunglückte von den Fahrgästen schon befreit. Ein antwortender Oberarzt der Luftschifferabteilung legte ihm mit Hilfe der Feuerwehre einen Rotverband an, worauf er mit dem Mannschaftswagen nach dem Augusta-Hospital gebracht wurde. Er ist verheiratet und Vater von zwei kleinen Kindern.

**Feuerbericht.** Eine ganze Reihe Alarmierungen hatte die Wehr in der Zwischenzeit zu verzeichnen. In der Nacht zum Montag wurde sie nach der Wilhelmstr. 48 gerufen, wo gegen 4 Uhr in einer Türe ein Feuer ausgebrochen war, das aber noch im Entstehen unterdrückt werden konnte. Sonntagabend 8 Uhr waren in der Vernauerstr. 79 auf einem Treppenaufgang Hobelspane u. a. in Brand geraten, während in der Prenzlauerstr. 32 Kleidungsstücke und Möbel in einer Wohnung Feuer gefangen hatten. Vorher wurde die Wehr nach der Mühlendammstr. 68 gerufen, wo auf einem Holzlag ein Schuppen in Flammen stand. Die Gefahr konnte aber in kurzer Zeit beseitigt werden. Früh gegen 6 Uhr erfolgte ein Alarm nach der Dreddeenerstr. 81, wo in der Manufaktur- und Tapiseriefabrik von Hempel u. Scherwin auf nicht ermittelte Weise ein Brand entstanden war. Hier mußte längere Zeit Wasser gegeben werden, um die Flammen zu ersticken. In der Müllerstr. 179 hatte die vierte Compagnie längere Zeit mit der Ablösung eines Feuers zu thun, das in einem Wollunterwaren-Geschäft durch Feuerwerkkörper ausgebrochen war. In der Nacht zum Sonntag stand in der Schönhauser Allee 101/102 ein Schuppen mit Inhalt in hellen Flammen, die erst nach kräftigem Wassereinsatz erstickt werden konnten. Ein eigentümlicher Vorgang lag einer Alarmierung zu Grunde, die gegen Abend nach der Eberswalderstraße, Ecke der Schönhauser Allee, erfolgte. Einem Schmied Johnsonski war nämlich vor dem Hause Eberswalderstr. 24 sein kleiner Hund in einen Kellerknecht gefallen. Da er seinen Liebling nicht befreien konnte, alarmierte er die Wehr. Diese holte den Hund nicht heraus, dagegen wird sich der Besitzer des Hundes natürlich eine Bestrafung wegen groben Unfalls zu ziehen. Außerdem liefen noch von der Alexanderstr. 14, vom Landsberger Platz und noch von verschiedenen anderen Orten Alarmierungen ein. In allen diesen Fällen handelte es sich jedoch um ganz unbedeutende Anlässe.

Hette Guibert, die einige Tage krank war, tritt jetzt wieder im Wintergarten auf. Ihr Gastspiel dauert nur noch kurze Zeit.

### Aus den Nachbarorten.

Wenn Arbeiter ein Vergnügen abhalten wollen. In Ober-Schöneweide besteht ein Arbeiter-Vergnügungsverein, der sich Ober-Schöneweide Riebertafel nennt. Gleich anderen Organisationen dieser Art wollte auch unser Verein seinen Paßball abhalten. Diesem Unterfangen stellten sich folgende behördliche Hindernisse entgegen: Der Vergnügungsverein ließ, wie es des Landes der Brauch ist, Plakate drucken, und diese zwar nicht an die öffentlichen Anschlagtafeln, wohl aber in Gastwirtschaften des Ortes anheften. Als der Vorsitzende nun beim Amtsvorsteher den Paßball anmeldete, erklärte der Beamte, daß die Erlaubnis zur Abhaltung des Vergnügens nur unter der Bedingung gegeben werde, daß die Plakate aus den Gastwirtschaften wieder entfernt würden. Der Vereinsvorsitzende war gutmütig genug, auf dies eigentümliche Verlangen einzugehen und erhielt nach solcher Zusicherung die Bescheinigung, daß der Paßball angemeldet sei. Die Hoffnung des Vorsitzenden, nach dieser Stempelung ungehindert zu bleiben, erwies sich aber durchaus als irrig, wie das folgende Schreiben beweist, das er zwei Tage nach erfolgter Anmeldung vom Amtsvorsteher erhielt:

„Sofern das am 21. d. M. geplante Vergnügen sich tatsächlich als ein Vereinsvergüngen gestalten wird und fremde Personen keinen Eintritt haben sollen, die sämtlichen Plakate und etwaige verkaufte Eintrittskarten von fremden Personen wieder eingezogen werden, habe ich gegen die Abhaltung des Vereinsvergügens nichts einzuwenden. Für die Folge wolle der Verein bei seinen Veranstaltungen dafür Sorge tragen, daß der Vereinscharakter in jeder Beziehung gewahrt bleibt, da sonst mit den zulässigen Zwangsmitteln vorgegangen werden müsse.“

Der Verein bewahrte auch dieser Zuschrift gegenüber himmlische Geduld, zog die Eintrittskarten ein und gab der Vorsicht halber Kontrollmarken aus. So fand denn der Paßball am Sonntagabend statt und zwar zur angenehmen Ueberraschung der Vereinsmitglieder unter behördlicher Ueberwachung. Es erschienen drei Polizeidiener, von denen zwei vor dem Eingang zum Saal stehen blieben, der dritte aber das Fest selbst mit seiner Gegenwart beehrte und zunächst an den Vorsitzenden das Ankommen stellte, etliche im Saal anwesende Kinder zu entfernen. Der in manchen Sätteln gerechte Vorsitzende fühlte sich aber einen solchen Aufgabe nicht gewachsen. Er wies darauf hin, daß es nicht seine Sache sei, in die Rechte der anwesenden Eltern einzugreifen und lehnte daher das Verlangen des Polizeidieners ab. Dem Beamten mochte dem auch wohl einleuchten, daß er der Kraft des Vereinsvorsitzenden etwas viel zugemutet habe, und er begnügte sich bei dem erhaltenen Bescheid. In seiner Gewissenhaftigkeit kam dem Vorsitzenden dann der Gedanke, ob dem Beamten als Nichtmitglied des Vereins überhaupt ein Recht zum Dasein zustehe und daher forderte er ihn in Höflichkeit aber entschieden auf, den Saal zu verlassen. Der Polizeidiener machte sich aber die Auffassung des Vorsitzenden nicht zu eigen, sondern antwortete ihm, daß sein amtlicher Auftrag dahin laute, eine Kontrolle wegen der etwa verkauften Eintrittskarten auszuüben und das hier im ganzen zu überwachen. Paffe dem Verein aber seine Anwesenheit nicht, so möge der Vorsitzende versuchen, ihn hinauszujagen; auch stehe ihm ja der berühmte Befehlsweg offen. So hielt denn der Beamte wieder aus und verließ erst früh morgens 11 Uhr fünf mit den letzten Gästen den Saal. Die Kameraden dieses pflichttreuen Polizeidieners waren weniger ausdauernd, sie entfernten sich schon in der zweiten Morgenstunde von ihrem Kontrollplatz vor dem Eingang des Saales.

Was mögen derartige Scherereien für einen staatsbehaltenden Zweck haben sollen? Schon möglich, daß dadurch den Arbeitern ihr harmloses Vergnügen verleidet wird; aber ist damit irgend etwas zu Gunsten der heute noch bestehenden Ordnung erreicht? Die beschäftigten Arbeiter führen sich vor Augen, daß an andern Orten und andern Vereinen gegenüber die Behörde gar nicht an Willkürlichkeiten denkt, sie fragen sich ferner, ob die drei mit der zweifachen Ueberwachung eines Arbeiterfestes beauftragten Polizeidiener zu mitternächtiger Stunde nicht besser thäten, den Ort nach Dieben abzusuchen und sagen sich dann, daß es ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist, noch energischer als bisher ein System zu bekämpfen, das auf die gefährlichste Weise ihnen selbst einige kurze Stunden harmloser Freude vergällt!

**Schöneberg.** Der Bau einer katholischen Gemeindefabrik in Schöneberg ist vom dortigen Magistrat beschlossen worden. Augenblicklich werden die katholischen Kinder in Klämmen des Feuerwehrgeländes an der Feuerstraße unterrichtet. Die neu zu erbauende Lehranstalt wird 22 Klassenzimmer umfassen, die zur Hälfte für Knaben und zur Hälfte für Mädchen bestimmt sind. In Gesamtkosten für den Neubau sind 305 000 M. in Anschlag gebracht worden. Dem Beschlusse der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung eine Aufbesserung der Lehrergelder bereits vom 1. April d. J. eintreten zu lassen, ist der Magistrat, welcher der Stadtverordneten-Versammlung vorgeschlagen hatte, diese Aufbesserung bis zum 1. April 1904 zu verlagern, nunmehr beigetreten.

Ein Heiratschwindler ist in dem Dr. chem. Christianen aus Schöneberg verschwunden, nachdem er sich zwei Bräute angeeignet und diese in unerhörter Weise betrogen hatte. Zunächst lernte er in einer Gesellschaft eine ehemalige Sängerin Fräulein G. kennen, das in ein Konvaleszenzhaus für Musik leitete. Er verlobte sich mit ihr und konnte unbeanstandet die Wohnung seiner Braut aufsuchen. Dort machte er eine zweite Bekanntschaft mit einem Fräulein N., das zur Sängerin ausgebildet wird und in der Häuslichkeit der Lehrerin Aufenthalt genommen hat. Hieraus entspann sich eine zweite Heirat. In die Notwendigkeit kam, eine der Bräute zu begleiten, redete er jeder ein, daß die andere, nichtanwesende ihm nachstelle, er aber nur die antwortende allein liebe und zum Altar führen werde. Natürlich konnte der Mann der Wissenschaft verschiedene Probleme lösen und ein reicher Mann werden, wenn er die erforderlichen Mittel besäße, und ebenso selbstverständlich vertrauten beide Bräute ihrem künftigen Gatten die verlangten Mittel an. So ging es eine Zeitlang, bis die Heirat endlich in Aussicht genommen werden konnte. Fräulein N. hatte bereits eine Wohnung gemietet und der Tag der standesamtlichen Trauung stand fest. Kurz vorher brachte der Brautigam wiederum eine größere Summe zur Ausführung eines Planes. Fast unglücklicherweise gelang auch ihm jetzt noch eine doppelte Anleihe bei beiden Damen, deren eine sogar ihre Brillanten zu dem Zweck verpfändete. Als dann zu der Trauung der Brautigam nicht erschien, entstand Verdacht. Jetzt war es aber zu spät; der Herr Doktor hatte sich der Festnahme entzogen, nachdem er beiden Damen zusammen etwa 30 000 Mark abgenommen hatte.

## Gerichts-Zeitung.

**Der „Höchstkommandierende“ von Friedenau auf der Anarchisten.** Ein schwerer Mißgriff der Polizei beschäftigte heute die vierte Strafammer am Landgericht II. Wegen Freiheitsberaubung und Nötigung unter Mißbrauch seines Amtes war der Amts- und Gemeinbediener sowie Polizeibeamte Karl Klette aus Friedenau angeklagt. Den Thatbestand, welcher der Anklage zu Grunde lag, schilderte das Opfer des Mißgriffs, der Buchhalter Heinrich Friedel aus Schöneberg, in folgender Weise: Er sei seit 26 Jahren bei dem Verlage der „Deutschen medizinalischen Zeitung“ (L. Simon) angestellt. Er sei geborener Bayer und mit seinem in Friedenau wohnhaften Landsmann, dem Kaufmann K o h l und dessen Frau sehr gut befreundet. Er habe ein langes und schmales Geschäftsbuch bei sich gehabt, das sorglich in Papier eingeschürrt war. Er sei mit Frau Kohl spazieren gegangen und habe in der Zwischenzeit das Buch in der köstlichen Wohnung gelassen. Als sie abends zurückgekommen seien, habe er nicht mehr hinausgehen wollen und habe daher gebeten, ihm das Buch durch ihren Gatten herunterzubringen. Sein Freund sei aber schon entkleidet gewesen, weshalb ihm die Frau das kleine Palet selbst herunterbrachte. Er sei inzwischen vor dem Hause auf und ab gegangen, doch als er nun wieder mit Frau Kohl zusammen getroffen sei, da sei der Angeklagte an die Frau herangetreten und habe gefragt, wie sie heiße, und zu ihm habe er gesagt: „Ist das Ihre Frau?“ Frau Kohl habe erwidert: „Nein, mein Mann ist oben!“ Wünschen Sie etwas von ihm?“ Zeuge will nun gesagt haben: „Aber Mann, was fragen Sie denn danach?“ Da habe ihn der Beamte an der Brust geschüttelt und ihn für verhaftet erklärt. Er habe dem Beamten seine Legitimation zeigen wollen, dieser aber habe darauf bestanden, daß er mit zur Wache gehe. Auf der Wache habe er verlangt, vor den Lieutenant geführt zu werden. Angeklagter habe er erwidert: „Auf der Polizei bin ich der Höchstkommandierende! Wir haben hier keinen Lieutenant, hier habe ich zu befehlen!“ Er habe den Namen der Frau Kohl sagen sollen, habe sich aber geweigert, dies zu thun, weil der Angeklagte dazu gar kein Recht gehabt habe. Schließlich sei er visitiert worden. Er habe sich darauf berufen, daß ihn doch seine Adresskarte legitimieren müsse, auch habe er verlangt, daß nach Schöneberg telephoniert werden solle, der Angeklagte habe jedoch erklärt: „Arrestanten haben nichts zu verlangen!“ Schließlich habe der Beamte doch telephoniert und damit sei seine Identität festgestellt worden. Nun sei aber von neuem das Verlangen an ihn gestellt worden, den Namen der Frau Kohl zu nennen, unter der Androhung, daß er andernfalls trotz der Identifizierung seiner Person über Nacht auf der Wache bleiben müsse. Diese Alternative habe ihm allerdings nicht behagt und deshalb habe er — lediglich unter dem Druck der Drohung, die Nacht auf der Wache zubringen zu müssen — den Namen der Frau genannt. Darauf sei er erst entlassen worden. Der Angeklagte gab zur Rechtfertigung seines Verhaltens an, es hätten zu jener Zeit zahlreiche Boden-diebstähle stattgefunden, er habe den amtlichen Auftrag erhalten, auf jeden Straßenpassanten zu achten, der am Abend mit Paletten durch die Straßen gehe. Außerdem habe er auf Anarchisten schauen sollen, da die Polizei benachrichtigt worden sei, die Anarchisten hätten ein Attentat auf den König von Italien projektiert. Letztere Angabe wurde, durch einen Kriminalbeamten, der als Zeuge vernommen wurde, dahin bestätigt und ergänzt, daß der Landrat des Teltower Kreises kurz vorher den Befehl ertlassen habe, auf alle Anarchisten streng zu achten, weil diese ein Attentat auf den König von Italien, der zum Besuch am Berliner Hofe erwartet wurde, geplant hätten. Besonders sollte auf Ausländer geachtet werden und von diesen auf der Straße niemals eine Legitimation entgegengenommen werden. Trotz dieser Angaben hielt der Gerichtshof die Handlungsweise des Angeklagten für eine überaus leichtfertige und für eine schwere Gefährdung der persönlichen Freiheit und erkannte auf vier Monate Gefängnis.

Der Reichskanzler Graf v. Bülow, der Finanzminister v. Rhein-baden und der Oberbürgermeister Kirchner sollten gestern als Zeugen vor der dritten Strafammer des Landgerichts I erscheinen, da der wegen Körperverletzung und Widerstandes angeklagte Rechtsanwalt Karl R e d e l zu seiner Entlastung auf sie Bezug genommen und sie hätte vorladen lassen. Alle drei Zeugen hatten ihre Fernbleiben vom Termin schriftlich entschuldigt. Im Auftrage des Ministerpräsidenten teilte der Finanzminister mit, daß beide nicht in der Lage seien, der Vorladung Folge zu leisten und nur vor Gericht erscheinen würden, wenn der Gerichtshof ihr Zeugnis irgendwie für erheblich erachte. Der Oberbürgermeister hatte sein Ausbleiben mit der Erledigung dringender, unauflösbarer Amtsgeschäfte entschuldigt. Beim Auftrage der Sache war nur der als Zeuge vorgeladene Steuererheber R o a d zur Stelle. Der Angeklagte hatte sich nicht gemeldet und der Gerichtshof hatte schon beschlossen, den Termin aufzuheben und den

Angeklagten zum nächsten Termin vorführen zu lassen, als Rechtsanwalt R e d e l erschien und der Beschluß wieder aufgehoben wurde. In der Sache handelt es sich um folgendes: Der aus Köln nach Berlin übergesiedelte Angeklagte hatte in Köln seine Einkommensteuer auf ein Jahr vorausbezahlt und kam nun hier mit der städtischen Steuerbehörde in Konflikt, da diese nun auch in Berlin die Steuer eintreiben wollte. Wer an diesem Konflikt die Schuld trägt, wird wohl die später zu erwartende Verhandlung ergeben. Gemüß: der Angeklagte war durch die verschiedenen schriftlichen und mündlichen Erörterungen über den Streitfall außerordentlich gereizt und als eines Tages der Steuererheber R o a d wiederum bei ihm erschien, um fällige Steuern zu erheben, steigerte sich seine Gereiztheit, da er die von ihm zu Unrecht doppelt bezahlten älteren Steuerbeträge noch nicht zurückerhalten hatte. Er geriet darüber mit Herrn R o a d in eine heftige Auseinandersetzung, die damit endete, daß er den Steuererheber nicht nur energisch zur Thür hinauswies, sondern ihm auch einen Schlag gegen die Wade veretzte. — Der Angeklagte beantragte nach Eröffnung der Verhandlung, diese zu vertagen. Die Entschuldigungen der drei ausgebliebenen Zeugen seien keineswegs andeurend; er habe sie gerade als sachverständige Zeugen dafür laden lassen, daß der Steuererheber R o a d sich nicht in der rechtmäßigen Ausübung des Amtes befunden habe. Er müsse ferner die Verlegung der Akten und Bücher der Steuerbehörde fordern, um zeigen zu können, daß die Entschuldigungsgründe, die die Steuerbehörde für ihr unrichtiges Vorgehen angebe, nicht stichhaltig seien. Darüber kam es zu einigen lebhaften Auseinandersetzungen zwischen dem Angeklagten und dem Vorsitzenden und der erstere erklärte, daß er unter den obwaltenden Umständen den Gerichtshof wegen Besorgnis der Befangenheit ablehnen müsse. Er begründete dies damit, daß die Ablehnung eines seiner Anträge und andre Momente ihm die Verurteilung nahe legen, daß der Gerichtshof von einem gewissen Vorurteil beherrscht sei, ebenso glaube er Grund zu der Vermutung zu haben, daß in den letzten Tagen Verhandlungen wegen des Richterscheitens der ausgebliebenen Zeugen zwischen diesen und dem Vorsitzenden stattgefunden haben. — Da die Berechtigung des Ablehnungsantrages von einem andern Gerichtshof zu prüfen ist, beschloß die Strafammer, die Verhandlung zu vertagen.

## Vermischtes.

Zu folgenschweren Feuersbräunen hat der Südwest-Sturm, der in dieser Zeit entstanden sind. Aus Hürtgen, einem etwa 600 Einwohner zählenden Dorfe bei Düren (Rheinlande), wird gemeldet: Am Sonntagabend 7 Uhr brach hier Feuer aus, das sich infolge des herrschenden Sturmes rasch ausbreitete und über 90 Häuser einschloß, darunter die Postagentur und die Oberförsterei. Viel Vieh, besonders Kleinvieh, ist umgekommen. Stehen geblieben sind das katholische Pfarrhaus und 5-6 Häuser. Gekühen fröhlich konnte, nachdem sich der Sturm gelegt hatte, dem Feuer Einhalt gethan werden. Ueber die Entstehungsurache ist nichts bekannt. — Aus dem etwa 1200 Einwohner zählenden Kleinenberg (Kreis Düren, Westfalen) wird berichtet: In der Nacht zum Sonntag sind bei hartem Südweststurm 44 Häuser abgebrannt, darunter das Postgebäude, die Schule und das Pfarrhaus. Die Vorfälle sind zumeist ein Raub der Flammen geworden. Verlust an Menschenleben ist nicht zu beklagen. — In Waldau (Kreis Dinslaken) sind Sonntag nacht 5 Wohnungen niedergebrannt. Ein Kind ist in den Flammen umgekommen; eine Person ist vor Schreck gestorben. Gelegentlich eines Brandes in der Vorstadt J e r s i y von Posen kam es am Sonntag nachmittag zu groben Ausschreitungen, die ein zahlreiches Aufgebot von Schutzmännern und einer starken Militärpatrouille notwendig machten. Die Beamten wurden thätlich angegriffen und mehrere verletzt, so daß sie gezwungen waren, von der Waffe Gebrauch zu machen. Einer der Aufseher wurde sehr schwer verletzt. Nachdem zahlreiche Verhaftungen vorgenommen waren, gelang es, die Menge zu zerstreuen.

**Schiffbrüchige auf Island.** Furchtbare Leiden hat die Mannschaft des an der isländischen Küste gestrandeten Gesteinsmörder Heringsdampfers „Friedrich Albert“ zu bestehen gehabt. Am 19. Januar wurde das Schiff durch einen Sturm an der Südküste Islands auf den Strand geworfen. Mit vieler Mühe rettete die aus zwölf Personen bestehende Besatzung das nackte Leben; nur eine ganz geringe Menge Proviant vermochte sie noch in Sicherheit zu bringen. Die Lage der Schiffbrüchigen war trostlos. Weiz und brei nur Gletscher oder Sanddünen; von Pflanzenwuchs kaum eine Spur; nichts berriet die Nähe von Menschen oder menschlichen Wohnungen. Tagelang irrten die Unglücklichen, nach einem Auswege aus dieser graufigen Einde spähend, umher; todesmatt sanken sie abends hinter Sandhügeln, die nur geringen Schutz gegen die schneidenden Winde boten, zu Boden. Ein glücklicher Zufall ließ sie endlich am Strande ein Stück Segeltuch finden, das sie mit sich nahmen und mittels dessen sie sich abends eine Art Zelt herstellten. Als sie nun weiter in das Innere des Landes vorzudringen wollten, verperrte ihnen ein vom Gletscherwasser angeschwollener Fluß den Weg. Vergebens versuchten sie das reichende Wasser zu durchwaten; der Steuermann W o j a h r fand bei einem solchen Versuche den Tod in den eisigen Fluten. Schließlich zimmerte man aus zusammengesuchten Holzstäben, Strandgut u. a. eine Art Floß zusammen, eine unendlich mühselige Arbeit für die zum Tode erschöpften Leute. Als sie auf dem Flusse eine mitten im Flusse liegende Sandbank erreicht hatten, sanken zwei von ihnen, der erste Matrosen St i d l e r und der Matrose W e s e m a n n, vor Entkräftung leblos zu Boden, und die Kameraden selbst kaum noch fähig, sich aufrecht zu halten, mußten sie dort zurücklassen. Den neun Ueberlebenden gelang es, an das jenseitige Ufer zu kommen, und zu ihrer Freude erblickten sie alsbald, wenn auch noch in weiter Ferne, menschliche Behausungen. Von neuem Lebensmut befeelt, schleppten sie sich und krochen zeitweise mit den schmerzenden Gliedmaßen vorwärts, bis sie endlich am ersten Tage ihrer schrecklichen Leidenszeit, am 30. Januar, einen einsamen Bauernhof erreichten, wo man ihnen alle mögliche Pflege angedeihen ließ. Das Gehöft liegt etwa acht Tagereisen von Reikjavik entfernt. In der kommenden Woche werden die ersten Wiedererlebenden, darunter der Kapitän, in Gesteinsmünde zurück erwartet, wo man die Schiffbrüchigen bereits als tot betrauert hatte.

**Noch eine irrende Prinzessin.** Vom Selbstmordversuch einer ägyptischen Prinzessin geht dem „Verl. Tgl.“ folgende Nachricht zu: Dem „New York Herald“ wird aus Kairo gemeldet, die Prinzessin Djemil Toussoun, Schwester des Scheichs und Gattin des Prinzen Djemil Toussoun, habe sich zu vergiften versucht. Nachdem der Versuch mißlungen, hat die Prinzessin heimlich auf einer Nacht Wegzügen verlassen und sich über Tries nach Wien begeben, wo sie einen österreichischen Grafen heiraten will. Die Prinzessin ist 20 Jahre alt, sehr hübsch und im Besitz eines großen persönlichen Vermögens. Sie hat einen kleinen fünfjährigen Sohn.

Ein Doppelmord oder Selbstmord ist in der Nacht zum 19. d. M. in Elbing verübt worden. Der Fischer Ed. Harwardt und seine junge Frau wurden früh in den Betten tot aufgefunden. Harwardt war erst seit dem 3. Dezember v. J. verheiratet. Seine Frau soll vordem, wie die „Elb. Ztg.“ erzählt, eine Reihe von Jahren hindurch ein andres Liebesverhältnis unterhalten haben. Vergiftung ist die Todesursache, denn von dem, was die Harwardt'schen Eheleute ausgebrochen haben, hat ein Hund gefressen, der jetzt ebenfalls Vergiftungserscheinungen zeigt. Harwardt war 33 Jahre, seine Frau 35 Jahre alt. Harwardt war ein fleißiger und strebamer Mann.

**Wetter-Propgnose für Dienstag, den 21. Februar 1903.** Etwas kühler, veränderlich, vorwiegend trübe mit Niederschlägen und ziemlich starken westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.